

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Redaktion: Bochum, Markt 11
Telefon: 4300, 4301
Telegraph: A 170 Bochum

Abonnementpreis durch Post oder Boten vierteljährlich 2,25 RM; Einzelnummer 50 Pfg.
Anzeigenpreis: Die 25 Millimeter breite Millimeterzeile oder deren Raum 25 Pfg.



Verantwortlich für den Inhalt: Heinz Rübner, Bochum
Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, Bochum i. B., Biemelhauser Straße 33/34

Telefon-Nummern: 4300, 4301
Telegraph: A 170 Bochum

25. General-Versammlung des Bergarbeiterverbandes.

Einen solchen Auftakt zu einer Generalversammlung, wie wir ihn in Saarbrücken erlebten, hatten wir kaum jemals zuvor bei einer Generalversammlung unseres Verbandes. In Reichskonferenz und Vorbesprechung wurden am Sonnabend und Sonntag morgen die geschäftlichen Vorbereitungen gepflogen, um die Verhandlungen selbst zu erleichtern und zu vereinfachen. Dabei ergab sich eine weitgehende Übereinstimmung der Meinung der Delegierten mit der des Vorstandes, des Beirates und der Reichskonferenz. Und dann kam die Kundgebung der Saarkameraden, eine gewaltige Demonstration für unseren Verband, die deutsche und internationale Gewerkschaftsbewegung. Um die Mittagszeit zählte vom Bahnhof ein Zug der Begleiter nach dem anderen unter Musikbegleitung an. Sechzehn Extrazüge hatten über 20 000 Kameraden aus dem weiteren Saargebiet und der Pfalz herangezogen und weitere 10 000 marschierten aus der näheren Umgebung in die Stadt. Durch ein plötzlich auftretendes Gewitter mit wolkenbruchartigem Regen schien eine Zeitlang die ganze Demonstration in Frage gestellt. Als der Regen sich dann aber in sanftes Nieselregen verwandelte, erfolgte die Aufstellung und der Marsch eines so gewaltigen Demonstrationzugs, wie ihn Saarkameraden kaum jemals zuvor gesehen hat. Eine Stunde dauerte der Anmarsch der Massen in den Ludwigsplatz. Unübersehbar füllte die Menge den Nieselplatz, an dessen Seite auf amphitheatralischen Erhöhungen die Delegierten der Generalversammlung und die Arbeiterjünger Aufstellung genommen hatten. Auf 20 000 Menschen schätzten wir die Demonstration, trotzdem infolge des schlechten Wetters viele in der Stadt zurückgeblieben waren. Für die alten Verbandskameraden, die aus eigener Erfahrung die Schwierigkeiten kennen, die der Organisation im Saargebiet jahrzehntlang hindernd im Wege standen, war es eine unbeschreibliche Freude, dieser machtvollen Kundgebung beiwohnen zu können. Auf die ausländischen Gäste machte die Demonstration einen tiefen Eindruck. Tausend Arbeiterjünger trugen das Lied „Ein Volk, ein Vaterland“ vor. Dann folgten von zwei Stellen Ansprachen der Kameraden Schmidt vom Verbandsvorstand, Schwarz vom Bezirksamt, Graßmann vom NAGB, und der ausländischen Kameraden Frank Hodges (London), Bard (Paris) und Pohl (Tschchoslowakei). Kamerad Schmidt wies darauf hin, daß diese gewaltige Kundgebung eine Demonstration sein soll für die Verbundenheit der Saargewerkschaft mit ihrem deutschen Verbandsverbande, der Saargewerkschaft mit ihrem deutschen Vaterlande. Sie solle weiter ein Protest der Saargewerkschaft sein gegen die unhaltbaren wirtschaftlichen und sozialen Zustände an der Saar. Neben ungenügender Entlohnung seien die sozialen Zustände unerträglich. Die Renten ständen 30 bis 50 Prozent unter denen der Vorkriegszeit. Betriebsrätegesetz und Schlichtungsstellen seien im Saargebiet unbekannt.

Neben diesem Protest solle aber die Demonstration auch eine Kundgebung sein für die deutsche, die internationale Gewerkschaftsbewegung, für den Gedanken der Völkerverbrüderung und für das Gelübde: Krieg dem Kriege!

Kamerad Schwarz begrüßte in warmen Worten die Vertreter der Internationale. Gewaltige industrielle Kämpfe durchlitten die industrielle Welt. Stiefte Arbeitslosigkeit und Verelendung der arbeitenden Masse zeigten die Unfähigkeit der kapitalistischen Gesellschaft, die Gütererzeugung in vernünftiger Weise zu organisieren. Der englische Niesenlauf, der seit über zwei Monaten gegen ein kurzfristiges Unternehmertum, gegen eine nationaläre Regierung, gegen Arbeitszeitverlängerung und Lohnkürzung geführt werde, sei ein Kampf von hoher internationaler Bedeutung. Dieser Kampf sei auch ein Kampf der deutschen Bergarbeiter, da von seinem Ausgang im wesentlichen Maße auch die Verbesserung der Lage der Bergarbeiter in Deutschland abhängen. Die heutige Kundgebung solle aber auch protestieren gegen das Regierungssystem an der Saar, das sich unfähig gezeigt habe, den sozialen Bedürfnissen der Bergarbeiter, der Invaliden, Witwen und Waisen Rechnung zu tragen. Wie bisher, wolle die Saargewerkschaft auch in Zukunft kämpfen für eine großzügige Sozialpolitik, für Völkerverbrüderung und internationale Verbündung.

Kollege Graßmann überbrachte die Grüße des NAGB, der sich aufs tiefste verbunden fühle mit dem Schicksal der Saargewerkschaft. Wir alle kennen die Ursachen der heutigen elenden Lage der Arbeiterklasse, wir kennen aber auch den Weg, der aus diesem Elend zum Ziele führen müsse. Die Zeiten seien vorüber, da man auf dem Wege der Arbeitszeitverlängerung, der Lohnkürzung Erfolg im eigenen Lande erzielen und die internationale Konkurrenzfähigkeit heben wolle. Hier helfe nur eine grundlegende Änderung der Organisationsform, ein Ausbau der Gewerkschaft in einem neuen Geist, der zum sozialistischen Gemeinwesen führen müsse. Hier müsse die Idee der Internationale den Ausschlag geben und in diesem Sinne betrachte er die heutige internationale Kundgebung als gutes Vorzeichen für die Zukunft.

Die ausländischen Gäste, die zur Versammlung sprachen — Hodges, Bard, Pohl —, wurden von der Niesenversammlung förmlich begrüßt. Kamerad Hodges führte aus, daß er mit großer Begeisterung auf diese riesige Massenversammlung zählte. Besonders freue er sich über die zahlreiche Beteiligung der Jugend an dieser Kundgebung und betrachte das als ein gutes Vorzeichen für die Zukunft. In England ständen die Bergarbeiter seit neun Wochen im schwersten Kampfe. Sie ständen heute noch zusammen wie in den ersten Tagen trotz der großen Not, in der sich eine Million Bergarbeiter mit ihren Familien befänden. Über solche erschütternden Katastrophen könnten heute kaum mehr im Rahmen einer Nation ausgeglichen werden. Die Widersprüche des kapitalistischen Systems könnten nur durch internationale Reglemente gelöst werden. Er habe die feste Überzeugung, die heute allgemein gestärkt worden sei, daß der Weg der internationalen Verbündung der Arbeiterklasse zum Ziele führen werde. In diesem Sinne rufe er der Massenversammlung ein herzliches Willkommen zu.

Kamerad Bard betrachtete die Kundgebung als einen neuen Beweis dafür, wie tief und fest bereits die Idee der Internationale in den Arbeitermassen verankert sei. Die französischen und die Saarkameraden seien schicksalverbunden, sie ständen beide unter einer

Regierung. Die französischen Arbeiter bedauerten und bekämpften die Haltung der französischen Regierung und der französischen Bergverwaltung gegenüber den Saargewerkschaften. Bedauerlicherweise sei auch die Uneinigkeit der Arbeiterklasse infolge der kommunistischen Zersplitterungsversuche immer noch nicht überwunden. Sie müsse aber überwunden werden und internationale Solidarität und internationale Aktionen müßten uns unserem Ziele entgegenführen. Gemeinsam sollten die Arbeiter für ihre Klasse, für Völker- und Menschheitsfrieden kämpfen.

Pohl überbrachte die Grüße der tschchoslowakischen Bergarbeiter, die 35 000 Arbeitslose haben und vielfach nur drei bis vier Tage in der Woche arbeiten. Die Welt schwämme in Kohlen, aber statt daß man durch kürzere Arbeitszeit und höhere Löhne die Kaufkraft der Massen stärke, gingen die Kapitalisten genau den umgekehrten Weg. Diese Pläne könnten nur bekämpft und die Wirtschaft nur gesund gemacht werden mit Hilfe der internationalen Organisation der Arbeiterklasse, die beruhen müsse auf der starken, einheitlichen, nationalen Organisation.

Nach den Ansprachen wurde die folgende Resolution von der Massenversammlung angenommen:

Die am 4. Juli 1926 im Ludwigsplatz Saarbrücken anlässlich der Generalversammlung des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands versammelten Delegierten der Generalversammlung und Bergarbeiter des Saargebietes sprechen den im schwersten Kampfe um Lohn, Lohn und Arbeitszeit stehenden britischen Kameraden ihre herzlichste Sympathie aus. Sie erklären es für eine selbstverständliche Pflicht der deutschen Bergarbeiter, ihre britischen Kameraden nach Kräften zu unterstützen, insbesondere auch finanziell und durch Verhinderung der Kohlenausfuhr nach Großbritannien.

Die Versammelten protestieren energisch gegen die Zustände, wie sie sich für die Bergarbeiter des Saargebietes unter der französischen Herrschaft wirtschaftlich und sozial entwickelt haben. Infolge der nicht auf das Saargebiet ausgedehnten Verbesserungen der deutschen Sozialgesetzgebung leiden die Knappschaftsmitglieder und Rentempfänger an der Saar außerordentlich unter der absolut ungenügenden sozialen Fürsorge.

Infolge der Wertentwicklung sind die Lohnverhältnisse der Saargewerkschaft unerträglich geworden. Die noch jüngst verweigerte Erhöhung der Bergarbeiterlöhne bedroht die Saargewerkschaft und ihre Familien mit weiterer Verschlechterung ihrer Lebenslage.

Die Versammelten verlangen von der französischen Bergverwaltung und der staatlichen Verwaltung eine Berücksichtigung der Bergarbeiterforderungen, wie sie dem gefährlichen Beruf der Bergarbeiter entspricht.

In die Bergarbeiterklasse appelliert die Versammlung, durch ihren Ausbau des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands die Vorbedingung für die notwendige Besserung der sozialen Lage der Bergarbeiter und die internationale Regelung der Kohlenwirtschaft zu schaffen.

Mit dem Gesang der Internationale unter Begleitung von mehreren Tausenden Musikfakeln fand die imposante, im Saargebiet nie gesehene Demonstration ihren Abschluß. Leider fehlten auch bei dieser gewaltigen Kundgebung nicht die Störungsvorfälle der Kommunisten, die an verschiedenen Stellen durch Zurufe und durch Veranstaltung eigener Reihen den Eindruck der Demonstration abzuschwächen versuchten. Die Versuche wurden aber durch die Empörung unserer Kameraden erstickt.

Eröffnung der Generalversammlung.

Der städtische Saalbau, in dem die Generalversammlung tagte, war von den Saarkameraden auf das festliche geschmückt worden. Reiches Schmuck in Schwarzrotgold, Blumenschmuck auf der in Rot ausgelegenen Bühne belebte den Saal. Vor der Bühne hing das bekränzte Bild unseres Kameraden Sue. Mit dem wichtig vorgetragenem Festgesang von Hühmann, dargeboten von dem Arbeiterjüngerbund, begann die Feier. Die zahlreichen Begrüßungsansprachen können wir ausführlich nicht wiedergeben.

Kollege Klimke begrüßte die Generalversammlung des Ortsausschusses des NAGB. Er schilderte die gewerkschaftliche Entwicklung im Saargebiet, die überwundenen Schwierigkeiten und den heutigen Stand, der die Öffnung auf das stetige Wachsen der Macht der Arbeiterklasse rechtfertige.

Kamerad Schwarz begrüßte die Versammlung im Namen des Saarkomitees. Im Unterchied zur Haltung der deutschen Fürsten trügen 700 000 Saarkameraden seit drei Jahren das Leid der Abtrennung vom Mutterlande, sie trügen es nicht nur ohne Entschädigung, sondern unter großen Opfern. Sie haben nur einen Wunsch, daß die deutsche Republik sich zu einem großen sozialen Volksstaat entwickelt haben möge, wenn das Saarland in seinem Schoß zurückkehre. Er begrüßte besonders auch die internationalen Gäste, denen er versprochen könne, daß die Saargewerkschaft an dem Ausbau ihres Verbandes wie an dem der Internationale immer nach Kräften mitarbeiten würden.

Ministerialdirektor Fuhmann überbrachte die besten Wünsche der Regierungskommission des Saargebietes. Die Berufsorganisationen der Arbeitnehmer, ehemals vom Staat und der herrschenden Klasse heftig bekämpft, seien heute Machtfaktoren geworden, mit denen gerechnet werden müsse, denen Existenzberechtigung und Existenznotwendigkeit zuerkannt werden müsse. Dem Bergarbeiterverband sei es gelungen, im rücksichtigen Saargebiet Fuß zu fassen und sich zu einer überaus starken Organisation ausbilden zu können. Er hoffe, daß die Verschleierung der arbeitsrechtlichen und sozialpolitischen Verhältnisse gegenüber dem Reich in absehbarer Zeit ausgeglichen werden könnte.

Kamerad Hodges begrüßte dann in warmen Worten die Generalversammlung. Er wies auf das Bild Hues, der der führenden Geist in der Internationale der Bergarbeiter gewesen sei. Seinen Gedanken müsse mehr wie je Rechnung getragen werden, weil die Vereitelung des heutigen Wirtschaftskrieges nicht dem Kapitalismus, sondern nur der international vereinigten Arbeiterklasse möglich sein werde. Wie lange der englische Streik noch dauern werde, könne niemand wissen, aber wenn durch internationale Hilfe dieser Streik auch nur um einen Tag verkürzt werden könnte, so sei ein großes Werk für die Menschheit getan. Im Namen des englischen Bergarbeiterverbandes und der Bergarbeiterinternationalen wünsche er der Verhandlung besten Erfolg.

Dejardin (Brüssel), Präsident des belgischen Bergarbeiterverbandes, sprach im Namen der belgischen, französischen und luxemburgischen Kameraden die besten Wünsche für die Generalversammlung aus. Weltproduktion und Absatz haben sich geändert, neue Probleme sind aufgetaucht, die nur zu lösen sind durch die internationale Verständigung. Deshalb ist Arbeit für starke nationale und internationale Organisation das Wichtigste.

Kamerad Zwanzger (Wien) überbrachte die Grüße des österreichischen Verbandes und ersuchte, mehr noch wie bisher die internationale Zusammenarbeit zu pflegen.

Kollege Graßmann überbrachte die Grüße des NAGB und verwies darauf, daß Vorbedingung für den Sieg der Bewegung die Gewinnung und Schulung der breiten Massen sei. Je umfassender das Geschehe, um so rascher der notwendige Sieg.

Kollege Saltsell vom Bund der technisch-industriellen Beamten begrüßte das bestehende gute Zusammenarbeiten zwischen Arbeitern und Angestellten und wünschte, daß es weiter so bleiben und noch besser werden möge.

Susemann teilt mit, daß Begrüßungsschreiben vom Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius, vom Arbeitsminister Dr. Trautmann und vom preussischen Minister für Handel und Gewerbe eingelaufen seien. Vertreter könnten die Ministerien leider zu der Saarkameraden Verhandlung nicht entsenden. Weitere Begrüßungsschreiben seien eingelaufen von der tschchoslowakischen und von der polnischen Organisation.

Bei den Wahlen wurden bestimmt zur Leitung der Generalversammlung die Kameraden Susemann, Schmidt und Schwarz als Vorsitzende, Kaack und Mühlner als Schriftführer, Bauerbach und Schötel als Führer der Rednerliste. In die Mandatsprüfungskommission wurden delegiert: Deller (Bezirk Oberhausen), Mechtenberg (Essen), Stahl (Köln), Seidel (Reich), Kaczmarek (Oberschlesien), Jgl (Bayern) und Jordan (Nordhausen). Zur Bescheidungskommission wurden delegiert: Gärtner (Darmstadt), Seibusch (Essen), Weiß (Hamm), Stein (Neunkirchen), Rudolf (Balduinburg), Taubenheim (Senftenberg), Sesse (Halle). Als Wahl- und Gehaltskommission wurden bestimmt: Reddigau, Krawczyk, Bloch, Wasmuth, Kumpf, Spieß und Weber.

Zur Tagesordnung beantragte Seibusch, die Frage des englischen Streiks auf die Tagesordnung zu setzen.

Susemann widersprach dem Antrag. Wenn es sich nötig erweisen sollte, werde die Besprechung dieser Frage in einer geschlossenen Sitzung erfolgen.

Der Antrag Seibusch wurde abgelehnt, ebenso andere Anträge auf Änderung der Tagesordnung oder auf Bestellung von Korreferenten. Ebenso wurden weitere Anträge von Seibusch, zum Geschäftsbericht und zum 6. Punkt der Tagesordnung Zimmermann und Sobotta als Korreferenten zu bestellen, abgelehnt.

Mit der Festsetzung der Tagungszeit waren die geschäftlichen Angelegenheiten der ersten Sitzung erledigt, dann folgte die Abwählung eines künstlerisch hochstehenden Festprogramms unter Mitwirkung von hervorragenden Kräften des Saarkameraden Stadttheaters, des gemischten Chores vom Arbeiterjüngerbund und der Arbeiterjugend. Den Schluß des Festaktes bildete ein überraschend herrliches Feuerwerk am Winterbergendental und auf der alten Brücke unter Mitwirkung der Arbeiterportler. Etwas so Schönes wurde uns noch nie auf einer Generalversammlung geboten.

Zweiter Tag: Montag, den 5. Juli.

Die Montagliche Sitzung begann um 9.15 Uhr mit einer Begrüßung durch den Oberbürgermeister von Saarbrücken, Herrn Dr. Reitz. Er sprach den Dank der Stadt aus für das Abhalten der Generalversammlung in der Stadt der Kohle. Er hoffte, daß die Arbeiten der Generalversammlung beitragen möchten zum Wiederaufbau des Bergbaues.

Dr. Donau begrüßte die Generalversammlung als Vertreter des Internationalen Arbeitsamtes. Er verwies auf die Erhebung des Internationalen Arbeitsamtes über die Lage im Bergbau. Besonders hoffte er, daß es vielleicht möglich sein werde, nach dieser Erhebung zu einer international geregelten einheitlichen Arbeitszeit zu kommen.

Dann erstattete Kamerad Susemann den

Berichtsbericht des Vorstandes.

Er bezog sich auf die vorliegenden Jahrbücher für 1924 und 1925, die auf 787 Seiten eine ausführliche Darstellung der Verbandsstätigkeit geben.

Susemann bemerkte, daß sich die in Dresden ausgesprochene Hoffnung auf Besserung der Wirtschaftslage leider nicht erfüllt habe. Er gab einen Überblick über die Lage des Weltmarktes und der Weltkohlenproduktion mit besonderer Berücksichtigung Deutschlands und der hier in Erscheinung tretenden Krisenfolgen: niedrige Löhne, Massenentlassungen, Arbeitslosigkeit usw.

Wir haben, führte der Redner aus, von Anfang an gegen das System der Stillelegungen in der beliebigen Form Stellung genommen und versucht, auf die Regierung und Parlamente einzuwirken, damit für die notwendige Umstellung der Wirtschaft und vor allen Dingen des Bergbaues ein Programm aufgestellt und ein paritätisch zusammengeheftetes Sachverständigenratium eingesetzt würde. Dieses wollten wir u. a. durch unsere Denkschrift vom 20. August 1925, die Sie in dem Jahrbuch vorfinden, erreichen. Ferner diene die von den vier Bergarbeiterverbänden an das Reichswirtschaftsministerium gerichtete Eingabe vom 17. September 1925 demselben Zweck. Als schließlich die Regierung nichts unternahm, haben wir Bergarbeitervertreter mit Unterstützung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion bei der Beratung des Etats für das Reichswirtschaftsministerium einen Antrag eingebracht, der der Eingabe vom 17. September 1925 entsprach. Dieser Antrag ist dann am 30. April 1926 im Reichstage angenommen worden. Leider hat die Regierung bisher noch nichts getan, um diesen Anregungen und Beschlüssen gerecht zu werden; denn es besteht die Absicht, diese Frage jetzt dem Enqueteausschuß vorzulegen, womit die Angelegenheit nur weiter auf die lange Bank geschoben und von der Regierung nichts unternommen wird. Es ist überhaupt das Kennzeichen der bürgerlichen Regierungen Suther und Warg, daß sie in dieser für das Lebensinteresse eines wichtigen Berufstandes wichtigen Frage bisher nichts unternommen haben. Man läßt alles seinen Gang gehen und überläßt die Wahrung der sozialen, kommunalen und sozialen Interessen anderen. Die

In der Industrie erkrankt jeder Arbeiter dreimal im Jahre, in der Landwirtschaft zweimal. Vor dem Kriege betrug die durchschnittliche Krankheitsdauer 8 bis 9 Tage, 1925 aber 20 Tage. 1914 wurden für Krankheitsbehandlung 104 Millionen Mark ausgegeben, 1924 aber 206 Millionen. 1914 wurden 176 Millionen für Krankengeld ausgegeben, 1924 dagegen 274 Millionen. 1914 erforderte die Familienhilfe 12 Millionen, 1924 dagegen 37 Mill. Die Gesamtausgaben der deutschen Krankenversicherung betragen einschließlich der Auapflichtvereine 1,1 Milliarden Mark.

Die Invalidenversicherung bekam durch den Krieg und die Kriegsfolgen bedeutenden Zuwachs. 1913 gab es 1.030.000 Invalidenrentner, 1925 aber 1.529.000. Witwen waren vorhanden 1913 1.200.000, 1925 aber 200.000. Waisen gab es 1913 40.000, 1925 1.300.000. Diese Zahlen werden sich bei den Invaliden wahrscheinlich schon steigern, weil die Wirkungen des Krieges und der Nachkriegsjahre noch nicht ausgeglichen sind. Bei den Witwen und Waisen darf man mit einer langsamen Verminderung rechnen. Vor dem Kriege hatte die Invalidenversicherung in einem Jahre eine Zinsereinnahme von 67,5 Millionen, 1924 waren solche Einnahmen überhaupt nicht vorhanden. Die Einnahmen betragen 1913 290 Millionen, 1924 360 Millionen, 1925 545 Millionen. Die Durchschnittsrente betrug 1924 13 Mill. monatlich, steigerte sich im Reichsdurchschnitt auf 20 Mill. und dürfte heute in der Industrie durchschnittlich 30 Mill. betragen. Diese Renten sind völlig unzureichend. Die Reichsregierung veranlaßt gegenwärtig eine Umfrage, wie hoch sich die Mehrbelastung stellen würde, wenn ein Grundbetrag von 240 Mill. und ein Reichszuschuß von 120 Mill. gewährt werden würde.

In der Unfallversicherung haben wir in den letzten Jahren größere Reformen zu verzeichnen, die gegenüber der Vorkriegszeit weitestgehend, aber auch notwendige Verbesserungen darstellen. Die Unfallgefahren sind ständig gestiegen. Wir hatten 1925 allein im Bergbau 113.169 Unfälle, davon waren 1569 tödlich. Das sind 377 Unfälle pro Tag, davon 5,2 tödlich. Ein Bergmann, der als Junger in den Bergbau kommt, erleidet demnach in 25 Jahren mindestens fünfmal einen Unfall, jeder dreizehnte Bergmann wird ein Opfer seines Berufes. Aus diesen erschreckenden Zuständen ergab sich ohne weiteres die Notwendigkeit einer Unfallversicherung, die durch eine Reihe von Bestimmungen und die Ausdehnung der Unfallversicherungspropaganda erfolgte. 1925 wurden 11 Berufskategorien der Unfallversicherung unterstellt. Für den Bergbau war keine dabei. Wir haben dagegen protestiert und verlangt, daß das Augenkittern, die Wurmkrankheit und die Schneeberger Lungenpest der Unfallversicherung unterstellt werden. Daraus kommt heute noch die katastrophale Steigerung der Lungenpest in der Bergbau. In der Wissenschaft gibt es keinen Streit darüber, daß letztere Erkrankung eine Berufskrankheit ist. Das wird besonders durch die umfangreichen Untersuchungen des Professors Böhm in Bochum bestätigt. Er fand bei 71 Dauern mit zehnjähriger Arbeit bei 35 Prozent diese Krankheit, bei Weinstehern sogar bei 67 Prozent aller Untersuchten. Es besteht also wohl kein Zweifel darüber, daß auch diese Krankheit der Unfallversicherung zu unterstellen ist.

In der Unfallversicherung spielt auch die Berufsfürsorge eine große Rolle. Mit Hilfe des Versorgungsgesetzes sollten die Unfallverletzten für andere Berufsarbeit umgeschult werden. Das hat zu manchen Unzulänglichkeiten geführt. Wir haben aber erreicht, daß der Verletzte, der sich dieser Berufsfürsorge nicht unterstellt, keine Renten für den Unfallerleidet. Die Versicherungsgrenze in der Unfallversicherung wurde erhöht, zu Renten über 50 Prozent ein Kinderzuschlag in Höhe von 10 Proz. der Rente. Die Gesamtbeiträge der Hinterbliebenen wurden von drei auf vier Fünftel der Rente erhöht. Die Verbesserung der Vorkriegsrenten erfolgte nach einem gestaffelten Multiplikator. Die Erhöhungen der Renten, die während des Krieges und während der Inflation entstanden sind, müssen wir als ungenügend betrachten. Das Reichsarbeitsministerium hat versprochen, diese Renten durch eine neue Verordnung auszugleichen.

Das Verhältnis der Unfall- zur Krankenversicherung ist durch das Gesetz enger geworden. Man will dadurch die Berufsgenossenschaft dem Verletzten näher bringen. Die dreizehnmögliche Wartezeit, ehe der Unfall überhaupt mit dem Verletzten in Verbindung kommt, ist weggefallen. Die Berufsgenossenschaft kann jetzt schon einem früheren Termin an die Heilbehandlung selbst übernehmen. Sie kann Krankengeld bis zu 26 Wochen zahlen. Der Unfallzuschuß ist allerdings fortgefallen, ebenso die Hilfslosenrente. An Stelle der letzteren ist allerdings das Pflegegeld getreten, das bis 75 Mark monatlich zu betragen hat. Bei Heilbehandlung wird ein Zwanzigstel des Jahresarbeitsverdienstes, also Lohn- und Gehalt, gezahlt und der Familie ein Hausgeld in Höhe der Rente.

Die Knappschaftskassen, von den Bergleuten seit Jahrhunderten aufgebaut und von ihnen selbst verwaltet, sind im letzten halben Jahrhundert den Unternehmern in die Hände gespielt und damit vielfach zu einem Fluch für die Bergleute geworden. Das Gesetz von 1923 erfüllte eine Reihe unserer Forderungen, enthielt aber doch noch große Mängel. Der Rückgang des Bergbaues führte zur Zahlungsunfähigkeit verschiedener Bezirksknappschaftsvereine, die durch Zuschüsse aus anderen Vereinen erhalten werden mußten. Der Preis der Versicherten verringerte sich, 1923 waren es 1,1 Million, heute noch rund 750.000. Die ungenügende Wirtschaftslage hatte auch wesentlichen Einfluß auf die Invalidisierung. An der Ruhr gab es 1913 340.000 Mitglieder in der Rentenkasse und 33.800 Invaliden, heute hat die Ruhrknappschaft 70.000 Invaliden. Im Reichsknappschaftsverein sind 100.000 Berufsunfähige, 30 Altersinvaliden, 100.000 Witwen und 100.000 Waisen zu versorgen. Witwen und Waisen, auf Invaliden umgerechnet, entfallen auf 100 Mitglieder 28 Invaliden. Man rechnet für 1925 mit einer Last von 140 Millionen Mark, das sind 10 Prozent des gesamten Lohnaufkommens der Bergarbeiter.

Die Unternehmer führten seit 1923 einen heftigen Kampf gegen das bestehende Knappschaftsgesetz. Selbst Verschleisungen wurden nicht gewährt, gar nicht zu reden von den Mehrleistungen, wie z. B. der Familienhilfe. Entscheidungen des Knappschaftsgerichts wurden nicht ausgeführt, die Selbstverwaltung kam überhaupt nicht voll zur Geltung. Selbst die Absicht der Ruhrbergarbeiter, die Familienhilfe durch eigene besondere Beiträge zu bezahlen, wurde von den Unternehmern verhindert. Ueber die Berufspflichten der Ärzte aus dem Ruhrgebiet, welche die verschiedenen Wirkungen des Fortfalles der Familienhilfe schilderten, ging man achselzuckend hinweg. Hunderte von Menschen ließ man alljährig zugrunde gehen aus Mangel an Reichsknappschaftsgeld. Immer sagten die Unternehmer: „Wir geben Ihnen die Familienhilfe, wenn Sie mit einem Abbau der Renten einverstanden sind.“ Die Unternehmer wollten die Renten um mehr als die Hälfte abbauen. Sie wollten die Verapflichtung der Altersrenten für Altersinvaliden. Dabei sollten diese Altersinvaliden nur 60 Prozent der wirklichen Renten haben. Außerdem forderten sie noch weitere Verschleisungen. Sie berechneten, daß man auf diese Weise jährlich 55 Millionen sparen könnte. Der Entwurf zur Aenderung des Knappschaftsgesetzes, der von der Reichsregierung im Juli 1925 veröffentlicht wurde, enthielt auch noch sehr große Verschleisungen. Er wollte die Altersrenten herabsetzen und die Altersrente auf 60 Prozent herabsetzen. Gegenüber diesen und weiteren Verschleisungen sollte die Familienhilfe als Verschleisung eingeführt werden. In vielen Sitzungen des Sozialpolitischen Ausschusses des Reichswirtschaftsrates und in 5 Sitzungen des Sozialpolitischen Ausschusses des Reichstages wurde der Entwurf durchberaten. Es mußte um dieses Gesetz in seiner heutigen Form ein ungeheurer Kampf geführt werden, wobei wir leider nicht nur Unternehmer und Regierung, sondern oft auch Arbeitervertreter gegen uns hatten.

Redner erläuterte zum Schluß das vom Reichstag verabschiedete Gesetz, das nicht alle Wünsche der Arbeiter befriedigt, aber die Familienhilfe als Verschleisung bringt, auch sonst Verbesserungen enthält. Die Unternehmerwünsche aber durchaus nicht erfüllt. Daß bei diesen Gesetzen durchaus nicht mehr zu erreichen war, wird wohl dadurch bewiesen, daß nur die Unternehmervertreter gegen das Gesetz, alle anderen Abgeordneten einschließlich der Kommunisten aber dafür stimmten. (Beifall.)

Rassenbericht.

Zum Rassenbericht führte Kamerad Wittner aus: Die Rassenberichte der letzten beiden Jahre sind im Gegensatz zu den Berichten aus der Inflationszeit wieder übersichtlicher geworden, so daß ich meine Ausführungen dazu wesentlich abkürzen kann. Die Einnahmen in Goldmark haben gegenüber dem

Jahre 1923 eine Verdoppelung erfahren. 1923 betrug die Goldmarkeneinnahme ungefähr 2 Millionen Mark. In den beiden letzten Jahren zusammen 9.760.000 Mill., davon im Jahre 1924 4.877.000 Mill., im Jahre 1925 4.883.000 Mill. Die reine Beitragseinnahme der beiden Jahre betrug 3.743.000 und 4.064.000 Mill. oder für beide Jahre zusammen 7.808.000 Mill. Die Gesamteinnahme aus Ertragsbeiträgen für die beiden Jahre beträgt 1.883.510 Mill. Auch die Zunahme der Eintrittsgelder beweist, daß die Agitation in den letzten beiden Jahren für den Verband eine ziemlich lebhaft war. Die Einnahme für Eintrittsgelder betrug 1924 12.910 Mill., 1925 35.347 Mill.

Die Beitragseinnahme im allgemeinen ist unter Beachtung der schweren Krisen, die wir im Bergbau hatten und noch haben, als befriedigend zu bezeichnen. Besonders die Beitragsteigerung von 1924 mit 3.743.000 Mill. auf 4.064.000 Mill. im Jahre 1925 beweist, daß der Verband in der Zeit der größten Krise — 1924 und 1925 — stabil geblieben ist.

Diese Tatsache ist um so beachtlicher, weil der Verband in den letzten beiden Jahren neben seinen natürlichen Gegnern, den Unternehmern, wieder mehr und mehr von der sich wieder bildenden Bewegung der Gelben bekämpft wurde. Welche Förderung die Unternehmer der gelben Bewegung angedeihen lassen, haben Sie aus den bisherigen Ausführungen schon entnommen, zum anderen Teil aus den gedruckten Berichten und ihren persönlichen Erlebnissen in den letzten beiden Jahren selbst.

Der vor Jahren aufgestellte Grundsatz: „Ein Stundenlohn als Wochenbeitrag“ ist im gesamten Bergbaubereich restlos durchgeführt, in einzelnen Bezirken zum Teil schon überholt. Daß sich die neue Beitragseinnahme gut eingeführt hat, beweisen die wenigen Abänderungsanträge, die diesmal zum § 9 des Statuts gestellt waren.

Weiter gebessert hat sich in den letzten beiden Jahren die Einnahme aus Zinsen. Die Einnahme dafür betrug 1924 67.510 Mill., im Jahre 1925 148.316 Mill., insgesamt also 215.826 Mill.

Ein besonderer Posten in der Einnahme in den letzten beiden Jahren ist die Einnahme aus Aufwertungsbeiträgen, die uns für frühere Papiermarkdarlehen zurückgezahlt wurden. Die Gesamteinnahme dafür beträgt ungefähr 550.000 Mill. Sie finden dieselbe mit 410.000 Mill. in der Einnahme von 1924 und den Rest in der bivalenten Einnahme von 1925.

Am Jahresabschluss 1923 bei Eröffnung der Goldmarkbilanz waren noch ungefähr 836 Millionen Papiermark vorhanden, die durch die in Einnahme gestellten 550.000 Mill. zum größten Teil abgelöst sind mit Ausnahme der Beträge, die mit Ausgang der Inflation bei Banken und Sparkassen untergebracht waren. Eine Aufwertung dieser Beträge steht bis heute noch aus.

Der Rest der diversen Einnahmen setzt sich zusammen aus buchmäßigen Abschreibungen, Einnahmen aus Mieten, Beiträgen zur Pensions- und Sterbefälle und sonstigen Einnahmen, für die in den Kassensbüchern eine Bezeichnung nicht vorhanden ist.

Zur Ausgabe im allgemeinen ist zu sagen, daß die Auswirkung der Krise im Bergbau hier natürlich noch stärker in Erscheinung tritt wie bei der Einnahme.

Die Ausgabe für Bezirks- und Ortsvergütung, die in den letzten beiden Jahren besonders hoch erscheint, wird sich für die nächste Zeit ermäßigen, weil die Bezirksvergütung mit Zustimmung der Bezirksleitungen und hofentlich auch mit Zustimmung der Delegierten auf der heutigen Generalversammlung von 25 auf 15 Prozent herabgesetzt wird.

Die Ausgabe für Agitation, Konferenzen, Generalversammlung usw. betrug in den letzten beiden Jahren insgesamt 247.789 Mill. Besonders hoch belastet wurden wir in der Berichtszeit durch die Ausgabe für Unterstützungen. Die Gesamtausgabe dafür betrug 3.110.262,28 Mill., davon entfielen auf das Jahr 1924 ein Betrag von 1.333.973 Mill., auf das Jahr 1925 1.726.288 Mill. Auf die einzelnen Unterstützungen verteilt sich die Gesamtausgabe für beide Jahre wie folgt:

Streitunterstützung	879.485 M.
(davon 80.000 Mill. nach Dänemark)	
Arbeitslosenunterstützung	1.314.137 "
Krankenunterstützung	761.693 "
Gemahrsamkostenunterstützung	54.526 "
Sterbegeld	99.418 "

Die Ausgabe für Unterstützungen würde mindestens 50 Prozent höher sein, wenn wir am Anfang des Jahres 1924 infolge der damals bestehenden Finanzmisse nicht gelungen gewesen wären, die Unterstüzungszahlung eine Zeitlang einzustellen. Nach Wiedereinführung wurden die Unterstützungen bis zum Spätherbst 1924 befristet nur mit 50 Prozent der statutarisch vorgesehenen Sätze gezahlt.

Die Belastung durch Arbeitslosigkeit für 1926 ist noch mehr gestiegen. Die Ausgabe für die ersten vier Monate 1926 beträgt 521.663 Mill. die Einnahme 1.353.000 Mill. Die Mehrzahl der Bezirke verbräut fast die gesamte Beitragseinnahme zur Zahlung der Unterstützungen, so daß in diesem Jahre bis heute nur sehr geringe Barerinnahmen zu verzeichnen sind.

In Verbindung damit kann ich den Antrag 67 der Vorlage beantworten.

Verhältnis der Beitragseinnahme und Ausgabe für Unterstützungen 1913 zu 1925:

Beitragseinnahme 1913	1.926.917,64 M.
Ausgabe für Unterstützungen 1913	573.528,98 "
Ausgabe für Unterstützungen 29 Prozent der Beitragseinnahme.	
Beitragseinnahme 1925	4.145.082,96 M.
Ausgabe für Unterstützungen 1925	1.726.288,36 "
Ausgabe für Unterstützungen 41,6 Prozent der Beitragseinnahme.	

Die Ausgabe für Rechtschutz betrug für die Berichtszeit 84.705 Mark. Auch in dieser Zahl macht sich die Steigerung der Intoleranz der Unternehmer bemerkbar, die durch vom Verband angängig gemachte Klagen ausgetragen werden muß.

Die Ausgabe für „Bildungszwecke“ betrug 101.446 Mill.

Eine weitere Steigerung hat die Ausgabe für die Herstellung unserer Verbandsorgane erfahren. Die Gesamtausgabe dafür betrug für die Berichtszeit 604.353 Mill., und zwar für das Jahr 1924 287.319 Mill., für das Jahr 1925 337.034 Mill. Die Ursache der Mehrausgabe für 1925 ist die achteilige Auflage, im Gegensatz zu 1924, als die Zeitung vierseitig erschien. 1913 betrug diese Ausgabe 181.000 Mill.

Zu den übrigen Postitionen, wie Ausgabe für Verwaltungszwecke persönlicher und sächlicher Natur, diverse Ausgaben usw., ist wenig zu sagen, weil eine Steigerung nicht eintrat und es sich bei dieser Ausgabe in der Regel um Anschaffung von Material und Beitragszahlung an die Organisationen handelt, denen der Verband angegliedert ist.

Unter Beachtung der großen Ausgabe ist die in den beiden Jahren gemachte Rücklage natürlich nicht allzu groß. Sie beträgt für beide Jahre insgesamt 2.140.869 Mill., davon aus Beiträgen 1.234.368 Mill., aus Aufwertungen, Zinsen und sonstigen Einnahmen 906.501 Mill.

Das Gesamtvermögen betrug am Jahresabschluss 1925 bei der Hauptkassse 3.629.513 Mill., einschließlich der Bestände in den Zahlstellen und Bezirken 4.232.942 Mill.

Der Vermögensbestand, gemessen am letzten Normaljahr 1913 vor der Inflation mit 3.207.861 Mill., ist also heute wieder um 1 Million Mark überdritten.

Die Anlage des Vermögens selbst können Sie ja aus dem vorliegenden Jahrbuch ersehen.

Um zu verhindern, daß aus den Angaben über den Vermögensbestand falsche Schlüsse gezogen werden, muß gesagt werden, daß die Liquidität unseres Vermögens heute geringer ist als 1913. Ursache ist der heute viel größere Grundbesitz als 1913, dessen Anschaffung sich während der Inflation nötig machte, und die Festlegung der Aufwertungsbeiträge, die vor dem Jahre 1932 für uns nicht greifbar sind.

Die Diskussion zum Geschäftsbericht.

des Vorstandes wird nachmittags eröffnet, nachdem Kamerad Gusemann ein Glückwunschschreiben von neun Jubilaren des Verbandes aus Essen verlesen hat.

Als erster Redner spricht Rojemann (Samm). Er weist auf einzelne Geschehnisse seit Ausbruch des Krieges hin, hält die Verbandstatistik für zu vertrauensselig und betont, daß wir auch der Wirtschaftsdemokratie sehr kritisch gegenüberstehen müssen. Die Industrialisierung Deutschlands und Englands verlangt, daß

wir uns mehr mit der Bevölkerungspolitik beschäftigen. Der Ausweg aus der heutigen Krise liegt in einer sozialistischen Wirtschaft. Kutschke (Hannover): Die bisherigen Bestrebungen haben nicht zu den notwendigen wirtschaftlichen Verbesserungen geführt. Eine gemeinwirtschaftliche Umstellung verlangt aber auch eine andere psychologische Einstellung der Arbeiterschaft. In den Gewerkschaften, Arbeiterpartei und ähnlichen Bestrebungen liegen gleichfalls Anfänge zu einer neuen Wirtschaftsordnung. Bei der Arbeitszeitfrage haben wir nicht nur ein sozialpolitisches Interesse zu verfolgen, sondern auch die wirtschaftliche Seite zu prüfen.

Landgraf (Walle) spricht zur Arbeitszeitfrage und betont, daß die Verkürzung der Arbeitszeit nicht nur eine Kulturfrage sei, sondern auch günstig auf die Leistungen der Arbeiter einwirkt. Für den weiteren Ausbau unseres Verbandes ist es unbedingt notwendig, daß die älteren Kameraden der Jugend mehr Interesse und Liebe als bisher widmen. Zum Ueberdienten weisen teil Redner mit, daß im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau darin viel gesündigt wird und besonders die Anhänger der Union sich nicht scheuen, in der Woche bis zu 80 Arbeitsstunden zu verfahren.

Fanschek (Berlin) beantwortet die Frage über die Stellungnahme der einzelnen Parteien zum Reichsknappschaftsgesetz. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat sich in besserer Weise um die Interessen der Bergarbeiter bemüht und durch ihre Anträge auch die Haltung des Zentrums wesentlich beeinflusst. Die Deutschnationale Partei und die Deutsche Volkspartei vertreten die Unternehmerinteressen. Die Kommunisten zeigten auch einen guten Willen, die Verschlechterungen abzuwehren, und stimmten dem Gesetze zu. Trotzdem übten kommunistische Presse und Parteileitung scharfe Kritik, nachdem die kommunistische Fraktion dem Gesetze zugestimmt hatte.

Meher (Saarbrücken) kritisiert die Ausschmüdung des Tagungslokals mit den Farben Schwarzrotgold und die Begrüßungsreden der ausländischen Kameraden sowie eines Regierungsvertreters. Ferner glaubt er, daß wir die uns zur Verfügung stehende Macht der Organisation besser ausnützen könnten.

Schumtrowal (Dorbörn) bepricht die schlechten Arbeitsverhältnisse und fordert im Interesse der kleinen Bergbaubezirke eine beschleunigte Verabschiedung des Reichsberggesetzes.

Wahla (Zugau) hat dem Vorstandsbericht nichts hinzuzufügen und behauptet das organisationschädigende Verhalten der Opposition, die nur in den parteipolitischen Zerplitterungen zu suchen ist. Redner schildert dann die Arbeitsverhältnisse im sächsischen Gebiet und führt die ungenügenden Bergbauverhältnisse in Sachsen auf den großen Beamtenapparat zurück.

Engelhardt (Aachen): Die Lage des Aachener Steinkohlenbergbaues ist infolge der geologischen Verhältnisse besonders schwierig, was die 8-stündige Arbeitszeit bei uns beweist. Weitere Demungen entstehen durch die Verkehrsschwierigkeiten und die hohen Transportkosten. Wenn der Aachener Bergbau lebensfähig bleiben soll, muß an den Ausbau einer Wasserstraße gedacht werden. Wir fordern dazu bestmögliche Unterstützung.

Weidner (Zeitz) kritisiert die knappschaftlichen Verhältnisse in seinem Bezirk. Durch eine Verabschiedung der Gehälter der Knappschaftsbeamten glaubt der Redner einen Ausweg aus den ungenügenden Verhältnissen zu finden. Zur Unterstützung des englischen Streiks hält er einen internationalen Streik für möglich und notwendig.

Hoffmann (Waldburg): Bei unserem gewerkschaftlichen Kampf haben wir nicht nur Lohn- und sozialpolitische Ziele zu verfolgen, sondern die Frage: „Wie können lebenswichtige kleinere Bergbaubezirke erhalten bleiben?“ verdient unser größtes Interesse. Soweit eine Umiedlung der Belegschaft in landwirtschaftliche Bezirke in Frage kommt, dürfen die Arbeiter nicht politisch durch die Großgrundbesitzer bergemaltigt werden. Ich bitte den Vorstand, diesen außerordentlich bedeutamen Fragen in Zukunft größte Beachtung schenken zu wollen.

Schmann (Köln) bepricht die Arbeitsverhältnisse im linksrheinischen Braunkohlengebiet, wo die Unternehmer trotz guter Konjunktur großen Widerstand leisten, und empfiehlt dringend die Annahme der vorliegenden Entschliezung 20 a.

Frantz (Obereschleien) übermittelt zunächst die Grüße der deutschen Kameraden in Polnisch- und Deutsch-Oberschlesien und weist dann darauf hin, daß eine scharfe Kritik bezüglich der Taktik des Verbandes nicht angebracht sei. Die Ursachen der Notlage liegen tiefer und könnten auch nicht durch kommunistische Reden aus der Welt geschafft werden. Nicht die Taktik, sondern die Macht entscheidet. Die Folgen kommunistischer Organisationsarbeit in Oberschlesien bestehen heute darin, daß wir bei größter Leistung eine 8-stündige Arbeitszeit und äußerst niedrige Löhne haben.

Mädel (Bottrop) drückt sein Verenden darüber aus, daß man die kommunistische Arbeit zu sehr kritisiert, und wünscht, daß der Beschluß der Siebener Generalversammlung bezüglich des Ausschlusses von Mitgliedern aufgehoben wird.

Dritter Tag: Dienstag, 6. Juli.

Der zweite Verhandlungstag brachte zuerst den Bericht der Mandatsprüfungskommission.

Anwesend sind insgesamt 226 Personen. Davon sind 150 Delegierte, 14 Mitglieder des Gesamtvorstandes, 7 Kontrollauschüß und 10 Beiratsmitglieder. Angestellte von der Zentrale sind 5, aus den Bezirken 27 anwesend. Außerdem ist ein Vertreter des Berliner Bureau und 10 Gäste vertreten.

Die Aussprache über den Vorstandsbericht wird fortgesetzt durch

Schmidt (Bochum): Der letzte Diskussionsredner vom gestrigen Tage, Mädel, hat sich Behauptungen zu eigen gemacht in bezug auf die vorausgegangenen Diskussionsredner, nach der diese, soweit sie nicht seiner politischen Richtung angehören, nach dem Wortforde des Verbandes schielten. Mädel sei gesagt: solche Personen, die nach dem Wortforde schielen, gibt es bei der dauernd wechselnden Politik in der KPD in großer Zahl. Aus Angst vor dem Wortforde machen in dieser Partei viele jeden Richtungswechsel, ganz gleich, ob es ihrer innerlichen Auffassung entspricht, mit. Dem Kameraden Weidner (Zeitz), welcher für einen Generalstreik eintrat, ist zu entgegnen, daß er die Belegschaften in dem mitteldeutschen Braunkohlengebiet nicht kennt und auch die Bergarbeiter in Kost nicht. Eine Beobachtung der kommunistischen Mitglieder hat der Verbandsvorstand nicht notwendig, da so viel Spieß und Denunzianten in der kommunistischen Partei seien (wie jenes bekannte, an die ersten Funktionäre der Partei herausgegebene vertrauliche Buch beweist), daß überhaupt auf jener Seite nichts gehen könnte. Gegenüber dem Kameraden Rojemann, der auf die Haltung des Verbandes im Ruhrkampf hinwies, erwidere ich, daß schon am 17. April d. J. im Aufrage des Verbandsvorstandes ich in einer Besprechung in der Reichszentrale für den alsbaldigen Abbruch des Ruhrkampfes eingetreten bin. Das ist dem Kameraden Rojemann bekannt, da ihm gegenüber schon auf der Generalversammlung 1924 in Dresden diese Tatsache von uns festgelegt wurde. Solch immer wiederholte Unrichtigkeiten werden deshalb nicht Wahrheit. Kritik soll sein, aber sachlich soll sie auch sein. Wir haben keine Veranlassung, unsere Arbeit herabzusetzen. Die Entwicklung der Höhe im Bergbau in den beiden Berichtsjahren beweist eine gerade Linie nach oben, trotz der schweren Krise im Bergbau, wobei über eine weitere notwendige Erhöhung der Löhne gar nichts weiteres gesagt zu werden braucht. Die Urlaubsfrage im Bergbau halte bestimmt jeden Vergleich mit den anderen Berufen im Reich und auch des Auslandes aus. Ebenso sei es mit einer Reihe anderer Fragen. Man soll weitere Verbesserungen anstreben, aber auch anerkennen, was ist! (Beif. Beifall.)

Dörschel (Senftenberg): Wir sollten mehr Gebrauch von unseren gesetzlichen Rechten machen. Würden die Bergarbeiter nur 50 Prozent ihrer Rechtsansprüche vertreten, so stände es besser um uns. Die starke Konzentration des Kapitals in Deutschland macht es notwendig, daß der Vorstand diese Vorgänge eingehend verfolgt. Was die Organisationsverhältnisse betrifft, so zeigt sich bei uns in beachtenswertem Maße die gelbe Gefahr der Werks-gemeinschaft. Träger dieser Bestrebungen sind zahlreiche Beamten und ehemalige radikale Kommunisten. Trotzdem beweist der Ausgang der Betriebsrätewahlen, mit 82 Proz. Vertretern des Verbandes, daß unsere organisierten Kameraden auf der Hut sind. Ich bitte, den Anträgen aus unserem Bezirk Zustimmung zu geben.

Lafer (Zwickau): In Sachsen haben wir besonders mit einem starken Druck der Unternehmer zu rechnen. Unsere Organisations- und Tarifbestrebungen erwiesen sich dabei als ein wirksames Gegenmittel. Wir billigen die Taktik des Verbandes und sind auch mit der Schreibweise der „Bergarbeiter-Zeitung“ zufrieden. Das Reichsnachschaffengesetz ist für uns gleichfalls eine lebenswichtige Frage.

Vöfler (Berlin) setzt sich mit den Ausführungen einiger kommunistischen Diskussionsredner auseinander und betont besonders, daß wir als Gewerkschafter uns nicht an ein parteipolitisches Dogma binden dürfen, sondern unsere geistige Freiheit und Selbstständigkeit wahren müssen. Man kann nicht auf der einen Seite für die Gewerkschaften agitieren, wenn man andererseits die Führer unredlich verleumdet.

Wacke (Saargebiet) äußert sich in ähnlichem Sinne. Die oppositionellen Bestrebungen der kommunistisch gesinnten Kameraden bedeuten nicht Aufbau, sondern Zerstörung der Organisation. Wir brauchen den Mut zur Wahrheit und den Willen zur Einigkeit. Nur durch eine entschlossene Haltung in unseren eigenen Reihen werden wir Verwicklungen abwenden und zu positiven Erfolgen in der Gewerkschaftsbewegung und im Verbande kommen.

Wittor (Böckum): Es wird gegenwärtig von verschiedenen Seiten festgestellt, daß der 22. Juni, an dem das Reichsnachschaffengesetz endgültig beschlossen wurde, einen schwarzen Tag in der Bergarbeitergeschichte bedeute. Demgegenüber muß man sich fragen, unter welchen Umständen kam das Reichsnachschaffengesetz zustande und mit welcher Absicht verlangten die Unternehmer eine Verringerung? Wenn wir heute das Ergebnis überblicken, können wir feststellen, daß wir die Absichten der Unternehmer gut abgewogen haben. Wir haben durch die Beschlußfassung vom 22. Juni eine überwiegende Mitbestimmung im Knappschaftsverein und damit eine Stufe der ursprünglichen knappschaftlichen Verfassung erreicht. Wir dürfen uns deshalb nicht durch die Argumente der Unternehmer irritieren lassen.

Wlein (Böckum): In unserem gewerkschaftlichen Bestreben ist die knappschaftliche Frage ein sehr wichtiges Problem. Leider zeigen viele Bergarbeiter nicht das notwendige Interesse hierfür. Mindestenswert ist deshalb eine bessere Schulung der Funktionäre auf dem Gebiete der Sozialversicherung, damit diese zu gegebener Zeit den Kameraden mit gutem Rate dienen können.

Schmidt (Essen) glaubt die Lohnpolitik des Verbandes kritisieren zu müssen und wünscht eine bessere Aktivität. Zum Beweis seiner Darlegungen führt er einige Zitate von Marx aus dem Jahre 1864 an.

Kohring (Hannover) berichtet aus seinem Bezirk und wünscht, daß die bei uns organisierten Kameraden aus der Delinquitur mehr berücksichtigt werden. Im übrigen müssen wir die Wirtschaftsentwicklung verfolgen, weil wir nur auf diese Art die Erfolge und Schwierigkeiten der gewerkschaftlichen Arbeit kennen lernen. Wir dürfen auch nicht glauben, daß die Wirtschaftskrise durch einen Generalstreik beendet wird. Die katastrophalen Auswirkungen der wirtschaftlichen Krise im Kaliberbergbau konnten wir dadurch mildern, daß auf Grund des Kaliberggesetzes den entlassenen Kameraden eine Entschädigung gewährt wird.

Ulrich (Nieder-Sachsen): Wenn wir die Leistungsergebnisse und Lohnverhältnisse im Bergbau vergleichen, so zeigen sich unbefriedigende Resultate. Die Not ist groß. In einem erfolgreichen Kampf geht besonders die Zusammenfassung aller Kräfte und die Erhebung der Sozialisierung.

Reddigau (Halle): Pflicht der Organisation muß sein, die durch die Stilllegungen gefährdeten Naturrisiko dem Volke zu erhalten. Der Redner polemisiert dann gegen einen Redner aus Jena und weist nach, daß dessen Ausführungen über die Verhältnisse in der Halleischen Knappschaft nicht stimmen. Gegen die Opposition gewendet, stellt der Redner fest, daß nach wie vor in Gewerkschaftsvererkelung gemacht werde. Damit, daß man in der Öffentlichkeit die Organisation und die Führer herunterreißt, mag man keine Propaganda für die zukünftige Arbeit.

Kalmonski (Böckum) stellt fest, daß der Vorstand seine Pflicht getan habe. Diese Feststellung bedeute nicht eine Liebedienerei, es müsse trotzdem ernsthaft Kritik geübt werden. Der Redner glaubt nicht an die geringe Besserung der Wirtschaft, solange die Regierungsbehörden des Damesplans bestehen, könne der deutsche Bergmann nicht auf eine Linderung der ihm geschiedenen Pesseln hoffen. Die Wirkung der Organisationsarbeit sei nicht in jedem Fall zufriedenstellend. Es gehe auch nicht an, den Generalstreik immer und unter allen Umständen zu verdammen, weil er sich manchmal als politisches Mittel gegen den Staat richte. Zum Schluß macht Redner Propaganda für die Anträge, die die Einführung der Jahresschüsse fordern, um einer Diktatur des Vorstandes zu begegnen.

Klaß (Saargebiet) will sich nicht mit der Leidenschaft, wie andere Redner, gegen die Opposition wenden, macht aber den Kommunisten ernste Vorhaltungen, daß sie ihre Jungmannschaften nicht genügend „erzogen“ haben. Notwendig sei, daß die Organisation aus der Vergangenheit Lehren ziehe. Der Bruderkampf müsse eingeführt werden. Seit sechs Wochen bestehe im Saarrevier ein katastrophaler Zustand. Die Organisationsleitung müsse dem Arbeitgeber ernsthaft sagen, daß es nicht so weiter gehen könne. Er hoffe, wenn es zum Kampf kommen sollte, auf die Solidarität der Kameraden im Reich. Unrecht sei es, den alten Kameraden, die vor dem Kriege ohne Rücksicht auf ihr Leben und ihre Familie für die Arbeiterkassen eingetreten seien, heute Vorwürfe aller Art zu machen. Notwendig sei vor allem Geschlossenheit.

Heinig (Halle): Die veränderten Sitzungen des Vorstandes seien die gewesen, die sich mit Ausschüssen beschäftigen müßten. Von dem katastrophalen Zustand des Ausschusses ist jetzt nur im äußersten Notfalle Gebrauch gemacht worden. Eine der größten und wichtigsten Aufgaben der Organisation sei die, die jungen Arbeiterkassen zu gewinnen. Es sei richtig, daß die Jugend heute allen möglichen Dingen, besonders dem Sport, nachläßt, aber es fehle hauptsächlich noch mehr an dem Verständnis und dem guten Willen der Ältern, die oft durch Art und Weise die Jungen abstoße, statt sie heranzuziehen.

Gjankfa (Hindenburg) schildert die Verhältnisse in Obersachsen. Die Arbeiterkassen habe auch dort die Macht gehalten und jetzt, nachdem keine Beziehung mehr da sei, habe man alle Vertriebungen vergessen. Das Unglück für die Bergarbeiter im Saarrevier und der Arbeiterkassen im allgemeinen sei der große Verstand der unorganisierten Deutschlands. Festgestellt werden müsse, daß der Bergarbeiterverband in jeder Beziehung eine Pflicht getan habe.

Bassen (Koblenz) beschäftigt sich mit der Jugendfrage. Er verlangt, daß über das, was über Jugendliche entschieden wird, Männer und Frauen, die auch die Jugendbewegung gegenüber sich herauszuheben werden. Gegen die Eingriffe in das Arbeitsrecht müsse entschieden Einspruch erhoben werden. Die Verhältnisse müssen sich ändern und die Anrechnung der Bergmannsleistungen als Bergarbeiter sei unter allen Umständen mit Energie zu wachen. Die Zusammenarbeit der Angestellten und Arbeiter sei notwendig. Aber die Angestellten müssen Verständnis für die Arbeiter erbringen. Erst dann kann von Solidarität die Rede sein.

Seibisch (Essen): Die Jungen der Zukunft seien: Sozialismus und Einigung nicht auf nationaler, sondern auf internationaler Grundlage. Seit dessen habe Dr. Reiger den Damesplan als den einzigen Rettungsweg bezeichnet. Was haben die Nationalisierungs- und andere Theorien gebracht? Stilllegungen und Betriebsveränderungen! Dem Vorstand müsse der Antrag gestellt werden, mit dem Begriff „Wirtschaftssozialismus“ zu werden. Nicht Angedenken oder Wachen sei die Parole, sondern Veränderung der Arbeiterkassen. Zum wichtigsten Bergarbeiterkampf verlangt der Redner aktive Unterstützung (Parasit bei den Ueberlebenden der Kommunisten!) und fordert, daß zum Kampf gegen die Entschädigungen, die von den Regierungen Entgegenkommen in verschiedenen für die Bergarbeiterkassen wichtigen Fragen erwarten.

Rißmann (Schwarzwasser) beruft sich auf die Bedeutung der Arbeiterkassen und die Bedeutung der Sozialpolitik der Gewerkschaften. Er weist nach, daß die Arbeiterkassen heute weit besser gewarnt als das jetzige Gesetz. Die Unternehmer wunden sich gegen Verbesserung, weil dadurch angeblich die Be-

lastung zu groß gewesen wäre. Der Redner mahnt, nicht in den gleichen Fehler wie die Unternehmer zu verfallen und die jetzt errungene Machtposition durch eine Ueberbissung der Forderungen zu gefährden und gibt dann eine Einzelabklärung der neuen Bestimmungen.

Kurz (Castrop) beantragt Schluß der Debatte. — Der Antrag wurde mit großer Mehrheit angenommen.

Grashmann (Düsseldorf) legt in persönlicher Bemerkung die Gründe dar, die den Vorstand des DGB, veranlaßt haben, ihn (Grashmann) in den Vorstand des deutschen Roten Kreuzes zu belegen.

Zimmermann (Eidel) bittet im Rahmen der Geschäftsordnung noch um 10 Minuten Redezeit zur Stellungnahme zum Reichsnachschaffengesetz.

Der Antrag ist durch Annahme des Schlußantrages erledigt. Der Vorsitzende **Christwartz** (Saarbrücken) gibt unter Beifallklängen ein Begrüßungstelegramm der Bergarbeiter von der Wirtschaftsschule in Düsseldorf bekannt.

Hufemanns Schlußwort.

Hufemann geht im Schlußwort auf verschiedene Eintendungen von Debattierern ein. Er führt aus: In der Kritik über den englischen Streit sollten wir uns Zurückhaltungen auferlegen. Von unserer Seite ist alles gegeben, was zur Unterstützung der englischen Kameraden geschehen konnte. Die Anträge, daß zur Unterstützung der englischen Kameraden unsere Tarife und Verträge gekündigt und daß dann gestreikt werden sollte, zeugen von geringer taktischer Ueberlegung. Für einen solchen Fall hat man die Wirtschaftslage und seine eigene Stärke zu prüfen. Die Konferenz für das Ruhrgebiet, das hier besonders in Frage kommt, hat die Kündigung gegen 9 Stimmen abgelehnt. **Ulrich (Waldenburg)**, der auch für die Kündigung eintritt, würde sich die Sache sicher sehr überlegen, wenn er für sein Revier zu entscheiden hätte. Die Waldenburger Konferenzen haben sich ja auch einstimmig mit Einmütigkeit von Ulrich gegen die Kündigung ausgesprochen. Bei Prüfung solcher Fragen können wir die Feiertage, die Massentaktungen, die Waldenburger nicht außer Acht lassen. Nach tariflosen Zeiten sehen sich die Kameraden nicht, die sie schon einmal durchgemacht haben.

Ein Wort noch zu den Angriffen, die gegen den Vorstand in Versammlungen und Zeitungen gerichtet werden. Es gibt kommunistisch eingestellte Verbandskammeraden, mit denen wir ganz gern zusammenarbeiten, weil sie das allgemeine Interesse der Organisation in den Vordergrund stellen. Wenn wir aber öffentliche Versammlungen einberufen, um neue Mitglieder für den Verband zu werben, dann ist es unerträglich, wenn in solchen Versammlungen Mitglieder auftreten und die Arbeit des Verbandsvorsitzenden nach jeder Richtung herunterreißen, so können wir das nicht dulden, weil dadurch der Zweck dieser Versammlungen vollständig vereitelt wird. Zur Frage der unentgeltlichen Verstaatlichung der Bergwerke ist zu sagen, daß dadurch die Krise im Kohlenbergbau nicht behoben werden wird. Mit 40 Prozent organisierten Kameraden kann man eine solche Maßnahme nicht lösen. Selbstverständlich bleibt unser Ziel die Ueberführung der Produktionsmittel in den Besitz der Allgemeinheit und ihrer Verwaltung zugunsten der Allgemeinheit. Wenn einige Kameraden fordern, daß Schiedsprüfung und ihre Verbindlichkeit nicht mehr anerkannt werden sollen, so wundern wir uns über die Ueber einstimmigkeit dieser Ansicht mit der Meinung der Unternehmer. Die wollen genau dasselbe, und eine solche Ablehnung würde sehr oft im Interesse der Unternehmer liegen. Wenn **Ulrich** und Gen. verantwortlich in Bezirksleitungen wären, würden sie sicherlich öfters sagen: Ragt uns die Verbindlichkeitserklärung beantragen.

Was die Haltung der kommunistischen Presse unserem Verband gegenüber anbelangt, so hat sie sich gegen früher nicht gebessert. Verleumdungen und Beschimpfungen aller Art werden uns dort täglich serviert. Das „Rote Echo“ in Essen brachte es sogar fertig, die Steigerung der Unfälle auf die verbrecherische Haltung unseres Vorstandes zurückzuführen. Von einer solchen Schreibweise kann man nur sagen: Istui Zeufel! Viel eher könnte man sagen, die Verbrecher sitzen dort, wo solche Artikel geschrieben werden. (Lebhafte Zustimmung.) Und wenn gesagt worden ist, es wäre für den Verband besser gewesen, wenn die Verschmelzung mit der Union früher erfolgt wäre, so stelle ich demgegenüber fest: Wir haben ein Jahr vor dem Uebertritt des Restes der Union sehr loyale Uebertrittsbedingungen für die einzeln übertretenden Mitglieder der Union festgestellt. Wir hatten überhaupt keine Veranlassung, wegen einer Verschmelzung an die Union heranzutreten und haben es auch in jedem Stadium abgelehnt, über Verschmelzungen zu verhandeln. Wir hatten ja nichts zerplüßert, sondern die Unionisten, und wir wurden von ihnen jederzeit elend beschimpft.

Sozialisten und Kommunisten sind sich ja in dem Endziel einig, sie wollen sozialistische Gemeinwirtschaft anstelle der privatkapitalistischen Wirtschaft. Wir müssen versuchen, die Massen zu gewinnen. Das können wir aber nicht durch niedrige Agitation, womit wir die Massen abstoßen, sondern wir müssen den Beweis erbringen, daß wir fähig sind, die Massen auf die Höhe zu führen. Wir wollen nicht abstoßen, sondern gewinnen. Alle Beladenen, alle Mühseligen wollen wir in unseren Reihen sammeln. Deshalb müssen wir alles daran setzen, diese Massen zu gewinnen, zu führen und zu bilden. Wenn wir in diesem Sinne gemeinschaftlich arbeiten, ist uns der Erfolg sicher.



Nachmittagsitzung.

Der Dienstagnachmittag brachte zuerst die Vorschläge zu den Vorstands-Wahlwahlen usw. Sodann wird in die

Abstimmung über die Entschädigungen und in die Beratung der Abänderungen des Statuts

eingetreten. Unter den vielen Anträgen und Entschädigungen, die vorliegen, werden einige der kommunistischen Richtung gegen 1 bis 28 Stimmen abgelehnt.

Für die Saarbergarbeiter, für Ausbau der sozialen Gesetzgebung und Einführung der Fortschritte der Reichsgesetzgebung auf sozialem Gebiete

wurde folgende Entschliessung einstimmig angenommen:

Die 25. Generalversammlung des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands stellt mit Bedauern fest, daß die sozialpolitischen Verhältnisse des Saargebiets sich in der Nachkriegszeit sehr verschlechtert haben. Die Leistungen aus der Sozial- und Knappschaftsversicherung stellen nur mehr einen geringen Bruchteil dessen dar, was in der Vorkriegszeit und jetzt im Reich, aus diesen Versicherungen gewährt wurde und gewährt wird. Die Notlage ist aus Grund dessen in den Kreisen der Sozialrentner und Pensionsempfänger sehr groß, so daß dieselben zum großen Teil auf die Armenunterstützung angewiesen sind. Es ist deshalb eine alsbaldige Erhöhung der Leistungen und eine Reform der Versicherungs-gesetze notwendig, damit dieselben wieder den Reichsgesetzen angepaßt werden.

Völlig ungenügend ist auch das öffentliche Fürsorgerecht, welches sich keinesfalls dem Reichsfürsorgerecht anpaßt. Die längst beachteten Bestimmungen der Fürsorgerechts haben immer noch Geltung. Dasselbe Verhältnis ist beim Arbeits- und Tarifrecht zu beobachten. Die jährliche Reichsreformgesetzgebung des Reiches ist im Saargebiet nicht eingeführt, trotzdem es die erhebliche Pflicht einer vom Völkerverband ernannten Regierungskommission sein müßte, dieses zu tun. Die in der Nachkriegszeit durchgeführte sozialpolitisch eingeleitete sozialpolitische Reichsgesetzgebung entspricht voll und ganz den in Teil 13 des Verfallener Vertrags festgesetzten Richtlinien und den von der Internationalen Arbeiterorganisation vertretenen Grundsätzen, welche eingehalten die Regierungskommission verpflichtet ist. Dies bestimmt ausdrücklich der Verfallener Vertrag, welcher ferner bestimmt, daß die in der Verfallener Vertrags festgesetzten Rechte der Arbeiterkassen auf Pensionen und Renten nicht geschmälert werden sollen.

Die Regierungskommission des Saargebiets und die Reichsregierung sind nach § 24 Abs. 2 des Statuts zum Verfallener Vertrag ausdrücklich verpflichtet, diese in der Verfallener Vertrags festgesetzten Rechte auszuüben und zu sichern.

Die Generalversammlung fordert deshalb mit aller Entschiedenheit, daß die Sozial- und Knappschaftsversicherung des Saargebiets dieser Versicherung des Reiches angepaßt wird. Sie fordert die Einführung der Reichsgesetzgebung, damit die Versicherungsfähigkeit und eine angemessene Erhöhung der Leistungen durchgeföhrt, sowie den Bestimmungen des Verfallener Vertrags und den Bestimmungen der Internationalen Arbeitskonventionen entsprochen wird. Von den zuständigen Instanzen: Regierungskommission und Regierung des Deutschen Reiches wird ermahnt, daß endlich den schon öfters aufgestellten Forderungen entsprochen wird. Von der Reichsregierung wird besonders erwartet, daß alle ihr zu Gebote stehenden Mittel anwendet, daß den Forderungen entsprochen wird.

Die Generalversammlung fordert ferner die Einführung Reichsbestimmungen über Arbeits-, Tarif- und Fürsorgerecht. Besondere wird die Einführung des Betriebsratsgesetzes verlaßt. Sie erwartet, daß die Regierungskommission — als einzige Bundesregierung — sich endlich aufrafft, damit der jetzt herrschenden unhaltbaren Zustand auf sozialem und arbeitsrechtlichem Gebiete beseitigt wird.

Für die Saarbergarbeiter werden höhere Löhne gefordert.

Die 25. Generalversammlung des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands stellt mit Bedauern fest, daß die Saarbergarbeiter die Nachteile einer zweiten Inflation ertragen müssen. Die Zahlen Frankennlöhne sind zum Leben vollständig unzureichend und entsprechend umgerechnet in Reichsmark der Höhe von bis 4 Mk. pro Schicht den Löhnen vom Jahre 1890 und den folgenden Jahren.

Diese vor mehr als 20 Jahren bezahlten Lohnsätze müßten nachteilige Wirkungen auf die Gesundheit der Bergarbeiter und ihre Familien sowie auf die Produktion haben.

Die 25. Generalversammlung fordert von dem französischen Grubenverwaltung sowie von dem französischen Staat als Arbeitgeber der Saarbergarbeiter, die Löhne so zu erhöhen, daß die Lebenshaltung und Selbstwertigung angepaßt sind.

Auch diese Entschliessung wurde einstimmig angenommen ebenso die folgende, die sich an den Reichstag und an die Regierung sowie an die Regierungen der Länder wendet, daß das Los der Saargänger gemildert wird. Die 12.000 Saararbeiter, die im besetzten Gebiet wohnen, leiden besonders unter der Inflation des Frankens. Diese Arbeiter haben Frankeneinkommen, sie müssen aber ihre Wirtschaftsausgaben in deutscher Reichsmark bestreiten.

Die 25. Generalversammlung des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands erkennt die rührende Arbeit einzelner Reichstagsabgeordneter mit dem Ziele, der besonderen Not der Frankennlöhneempfänger im besetzten Gebiet zu steuern, an. Sie erkennt an, daß die Reichsregierung sich der Erkenntnis, daß hier die Reichshilfe eingegriffen werden muß, nach anfänglichem Widerstreben nicht verschlossen hat. Sie nimmt zur Kenntnis, daß die Reichsregierung bemüht war, die Beschlüsse des Reichstags schleunigst durchzuführen. Sie bedauert aber, daß dadurch, daß Verwaltungsorgane der Länder als Verteilungsapparat eingeschaltet werden mußten, peinliche Verzögerungen in der Ueberzahlung der Gelder eingetreten sind. Dieser Umstand hat den Grenzbezirkern brodelnden Erregung immer neue Nahrung gegeben. Die Generalversammlung hofft aber, daß nun die Grenzen ausgeglichen sind und daß die Ueberzahlung der Ueberzahlungsgelder in den nächsten Tagen erfolgen wird.

Unzweifelhaft muß jedoch zum Ausdruck gebracht werden, die jetzt in der Durchführung begriffene Aktion nicht so reichend ist, um so weniger, als jede weitere Senkung des französischen Frankens die von deutscher Seite eingeleiteten Hilfsmittel entwertet. Ganz unerträglich ist der Zustand, daß zur Stunde den Frankennlöhneempfänger in den Grenzbezirkern noch keinerlei Hilfe von der Reichsregierung geworden ist. Diese Arbeitssopfer muß in kürzester Frist in irgendeiner Form etwas geschehen.

Die 25. Generalversammlung des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands ersucht deshalb den Reichstag, die Reichsregierung und die in Frage kommenden Regierungen der Länder, die Frage, die nicht nur eine soziale, sondern eine wichtige kulturelle wirtschaftliche und politische Bedeutung hat, auch künftig größtmögliche Aufmerksamkeit zu schenken und alles zu tun, die verhängnisvollen Folgen des Verfallener Vertrages zu beseitigen.

Abgelehnt wird ein Antrag, der die Aufhebung der Gießer-Entschliessung, nach welcher die Unabhängigkeit des Verbandes von parteipolitischen und religiöser Beeinflussung gewahrt werden muß, und daß diejenigen, die sich in Versammlungen dagegen verhalten oder die Amsterdamer Internationale über einen zulässigen Rahmen hinaus befähigen, ausgeschlossen werden sollen.

Es wird nach Erledigung der Abstimmung über weitere Entschliessungen über die Anträge der Bezirksstellen und Bezirke gestimmt. Nach Erledigung dieser wichtigen und schwierigen Arbeit wird dem Vorstand und dem Kassierer mit allen gegen Stimmen Entlastung erteilt. Die Wahl- und Gehaltskommission tritt in ihre Tätigkeit ein, während Kamerad **Wittner** über Vorschläge der Statutberatungskommission zur Abänderung des Verbandsstatuts referiert.

II.

Der Generalversammlung ging eine Reichskonferenz voraus, die sich mit internen Fragen der Organisation beschäftigte und nachmittags einen Vortrag des Kameraden **Frank Hodges** des Sekretärs der Bergarbeiterinternationale, entgegennahm.

Der Vortrag von Frank Hodges

hatte folgenden Inhalt:

Kameraden! Es ist mir eine herliche Freude, Sie im Namen des Internationalen Bergarbeiterverbandes zu begrüßen. Schon seit mehreren Jahren hatte ich den Wunsch, an der Generalversammlung des deutschen Bergarbeiterverbandes teilzunehmen. Mein Wunsch ist nun endlich in Erfüllung gegangen und ich bin hier im Saargebiet versammelt, dem Schauplatz großer politischer und wirtschaftlicher Veränderungen, die im Verfolge der Verfallener Vertrags entstanden. Ich möchte keinerlei Ueberhebungen anstellen über die Gründe, die zu diesem Vertrage führten, noch möchte ich die Motive derjenigen diskutieren, die den Wunsch hatten, das Saargebiet von seinem deutschen Vaterland zu trennen, aber ich bin erfreut, zu wissen, daß die Saarbergarbeiter trotz dieser großen Umänderungen ein wesentlicher Bestandteil des deutschen Bergarbeiterverbandes geblieben sind. Ebenso freut mich, auf diesem Kongreß die Vertreter der Bergarbeiter anderer Länder zu finden. Sie kommen nach hier, um Ihnen ihre Grundsätze zu überbringen und Ihnen in Versicherung ihrer Solidarität Namen der von ihnen vertretenen Bergleute der betreffenden Länder der Bruderhand zu bieten.

Meine herzlichsten Glückwünsche möchte ich Ihnen damit ansprechen, daß es der deutschen Gewerkschaftsbewegung in der allgemeinen und der Bergarbeiterbewegung in besonderen gelungen ist, trotz der großen politischen und wirtschaftlichen Umwälzungen, die Erziehung zu überleben. Alle Anzeichen sprechen dafür, daß es Ihnen gelingen wird, zu jener Macht und Größe wieder zurückzuführen, die die Bewegung in den Jahren vor dem Kriege auszeichnete.

Die Probleme, die Sie hier zu besprechen haben werden, tragen sowohl nationale als auch internationale Charakter, und es kann vor allen Dingen vor dem Kohlenproblem gesagt werden, daß jedes kohlenproduzierende Land der ganzen Welt betriebsmäßig an Ihren nationalen Kohlen Schwierigkeiten hin ich natürlich interessiert. Aber noch mehr bin ich interessiert und zwar durch die Art meiner gegenwärtigen Stellung, an den internationalen Schwierigkeiten, die vor uns allen liegen. Seit langem bin ich mir klar darüber, daß es eine Reihe nationaler Schwierigkeiten im Kohlenhandel und in den Lebensbedingungen der Bergarbeiter der kohlenproduzierenden Ländern gibt, die nur herbeigeführt werden können auf der Grundlage einer internationalen Lösung. Die nationalen Bergbauprobleme sind das Ergebnis des Zusammenstießens von historischen Zufällen, geologischen Verhältnissen und Abweichungen in der Entwicklung jedes kapitalistischen Landes. Die Kohlenprobleme des einen Landes sind unauflöslich mit den Kohlenproblemen des anderen Landes verbunden; daß jede nationale Frage ebenbürtig ihren internationalen Ausdruck findet.

Es gibt sehr viel verlorenes Gerede, namentlich in gewissen...
dortinären marxistischen Zirkeln über den Internationalismus...

Ein derartiger Preis würde nicht nur der Kohlenindustrie...
einen Gewinn ermöglichen, der mindestens ebenso hoch ist...

1. Wie ist es möglich, den Lebensstandard der Bergarbeiter zu...
erhöhen?

2. Wie ist es möglich, den Anstrengungen der Bergwerksbesitzer...
zu widerstehen, die eine Profiterhöhung auf Kosten des...

3. Wie ist es möglich, die Sicherheit der Arbeiter zu erhöhen...
und Arbeitslosigkeit zu vermeiden?

4. Wie wird die Organisation der Industrie gestaltet sein, um...
den mühseligen Charakter eines Bergmannslebens zu mildern...

5. Wie ist es anzustellen, Bildung und Wissen des Bergmanns...
so zu entwickeln, daß er instande ist, späterhin den Mechanismus...

So, Kameraden, liegen in allen Ländern die Kampfziele der...
Bergarbeiter und so sind die Ansprüche der Arbeiterklasse...

Im gegenwärtigen Augenblick kann ruhig gesagt werden, daß...
die Kohlenindustrie die am schlechtesten organisierte aller...

Es gibt jedoch einen besseren und einen glücklicheren Weg...
und das ist der internationale Weg. Es ist die Aufgabe des...

Aber selbst, wenn wir eine Gleichförmigkeit der Arbeitsbedin...
gungen in Bezug auf Arbeitszeit und Löhne und allgemeine...

Unsere Internationale Bergarbeiterverband besteht nicht nur...
aus internationalen Streiks auszuführen. Seine Existenz gründet...

Wir haben uns zunächst an das Internationale Arbeitsamt...
in Genf gewandt, um eine vollständige und autoritative Unter...

Wir haben uns zunächst an das Internationale Arbeitsamt...
in Genf gewandt, um eine vollständige und autoritative Unter...

Wir haben uns zunächst an das Internationale Arbeitsamt...
in Genf gewandt, um eine vollständige und autoritative Unter...

Wir haben uns zunächst an das Internationale Arbeitsamt...
in Genf gewandt, um eine vollständige und autoritative Unter...

Wir haben uns zunächst an das Internationale Arbeitsamt...
in Genf gewandt, um eine vollständige und autoritative Unter...

Wir haben uns zunächst an das Internationale Arbeitsamt...
in Genf gewandt, um eine vollständige und autoritative Unter...

Wir haben uns zunächst an das Internationale Arbeitsamt...
in Genf gewandt, um eine vollständige und autoritative Unter...

Wir haben uns zunächst an das Internationale Arbeitsamt...
in Genf gewandt, um eine vollständige und autoritative Unter...

Wir haben uns zunächst an das Internationale Arbeitsamt...
in Genf gewandt, um eine vollständige und autoritative Unter...

Wir haben uns zunächst an das Internationale Arbeitsamt...
in Genf gewandt, um eine vollständige und autoritative Unter...

Wir haben uns zunächst an das Internationale Arbeitsamt...
in Genf gewandt, um eine vollständige und autoritative Unter...

Wir haben uns zunächst an das Internationale Arbeitsamt...
in Genf gewandt, um eine vollständige und autoritative Unter...

Wir haben uns zunächst an das Internationale Arbeitsamt...
in Genf gewandt, um eine vollständige und autoritative Unter...

Die drei großen Kohlenexportierenden Länder, nämlich Deutsch...
land, England und Amerika, sind natürlicherweise und außer...

Joh jehe keinen Grund, warum Deutschland und Großbritannien...
auch in Zukunft in einem wirtschaftlichen Kriege stehen sollen...

Grenzen und Zölle sind für den Krieg gemacht. Dagegen...
würde ein universaler Freihandel dem Frieden dienen. Die ein...

Um zum Schluß auf die gegenwärtige Lage in Großbritannien...
einzugehen, möchte ich sagen, daß das Hauptargument, das von...

Kameraden! Der Kampf der britischen Bergarbeiter ist ein...
sehr harter und bitterer. Sie haben bereits Ihren Brüdern in...

Unsere Parole muß sein: Internationale Zusammenarbeit, Ein...
heitslichkeit der Anstrengung, wirtschaftliche Verständigung und...

In den Vortrag von Hodges schloß sich eine interessante De...
batte über die Möglichkeiten praktischer internationaler Verständ...

Am Sonntagmorgen begann um 8 Uhr die geschlossene S...
itzung der Delegierten, die die Tagesordnung und die dazu gestell...

Die 25. Generalversammlung des Verbandes der Bergarbeiter...
Deutschlands sendet den kämpfenden Kameraden in Großbritannien...

Folgende Entschliesung wurde von der Generalversammlung...
einstimmig angenommen:

„Die 25. Generalversammlung des Verbandes der Bergarbeiter...
Deutschlands sendet den kämpfenden Kameraden in Großbritannien...

„Die 25. Generalversammlung des Verbandes der Bergarbeiter...
Deutschlands sendet den kämpfenden Kameraden in Großbritannien...

„Die 25. Generalversammlung des Verbandes der Bergarbeiter...
Deutschlands sendet den kämpfenden Kameraden in Großbritannien...

„Die 25. Generalversammlung des Verbandes der Bergarbeiter...
Deutschlands sendet den kämpfenden Kameraden in Großbritannien...

„Die 25. Generalversammlung des Verbandes der Bergarbeiter...
Deutschlands sendet den kämpfenden Kameraden in Großbritannien...

„Die 25. Generalversammlung des Verbandes der Bergarbeiter...
Deutschlands sendet den kämpfenden Kameraden in Großbritannien...

„Die 25. Generalversammlung des Verbandes der Bergarbeiter...
Deutschlands sendet den kämpfenden Kameraden in Großbritannien...

„Die 25. Generalversammlung des Verbandes der Bergarbeiter...
Deutschlands sendet den kämpfenden Kameraden in Großbritannien...

Lohnklassen und Pensionen nach der... Novelle zum ReichsKnappschafts-Gesetz.

Wie wir bereits in der vorletzten Nummer berichteten, werden...
ab 1. Juli 1926 die Knappschaftsmitglieder in der Pensionklasse...

Table with 2 columns: Lohnklasse I, II, III, IV, V, VI, VII and corresponding amounts up to 75 Reichsmark.

Die Monatspensionen, die in den einzelnen Lohnklassen er...
dient werden können, betragen bei den verschiedenen Dienstjahren...

Die neuen Pensionssätze für Bergarbeiter.

Berechnung der monatlichen Pension einschl. 14 RM. Grundbetrag.

Table with columns: Lohnklassen (I-VII) and Pension amounts for different years of service (von 100 bis 125, etc.).

Die Witwenpension beträgt 60 Prozent, die Waisenpension...
20 Prozent der verdienten Invalidenpension. Da für die Zeiten...

Unterbrechung der Beschäftigung durch Krankheit... und Urlaubsanspruch.

Das Berggewerbegericht Waldenburg, Kammer I, fällt zu...
dieser Frage am 26. November 1925 folgendes Urteil:

Der als Bauer im Dienste des Beklagten auf dem Kriegs...
schacht der Sophiegube beschäftigte Kläger wurde von ihm nebst...

Da er also seit diesem Tage schon wieder über ein halbes Jahr...
auf letzter Grube gearbeitet habe, kündete ihm nach § 4 b 1 des...

Der Klageanspruch wurde für gerechtfertigt erachtet aus fol...
genden Gründen:

Es ist ohne weiteres zuzugeben, daß Kläger infolge des zu...
Ende gehenden, für die Ferien nach § 4 a des Manteltarifs vom...

„Die 25. Generalversammlung des Verbandes der Bergarbeiter...
Deutschlands sendet den kämpfenden Kameraden in Großbritannien...

„Die 25. Generalversammlung des Verbandes der Bergarbeiter...
Deutschlands sendet den kämpfenden Kameraden in Großbritannien...

„Die 25. Generalversammlung des Verbandes der Bergarbeiter...
Deutschlands sendet den kämpfenden Kameraden in Großbritannien...

Halbjahresbilanz der deutschen Wirtschaft.

Der Stand der Wirtschaftskrise in der Mitte des Jahres.

Die eigentümliche Lage der Wirtschaft macht es erforderlich, nicht nur am Jahresabschluss, sondern auch in kürzeren Zeiträumen einen Rückblick vorzunehmen, um an Hand der gewonnenen Kenntnisse die Zukunft besser beurteilen zu können. Nötiger denn je erscheint es uns, daß die Gewerkschaftsmitglieder sich ihre wirtschaftliche Umwelt ansehen. Stehen wir doch in einem Zeitalter, das die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“ mit dem Namen der „hundert Jahre“, als die englischen Arbeiter die Maschinen zerlegten, in Vergleich setzt. Dieses schwerindustrielle Blatt glaubt also, daß die mit Rationalisierung, Normalisierung, Fließarbeit und ähnlichen Begriffen gekennzeichnete Umstellungsperiode der deutschen Industrie die menschliche Arbeit in dem Maße außer Funktion setzt, als dies das Maschinenzeitalter zu tun vermochte.

Wenngleich die Ziffer der Erwerbslosen ein Hauptmerkmal der Krise deutlich erkennen läßt, so sind diese Zahlen zur Beurteilung der Wirtschaftslage als Ganzes keineswegs ausreichend. Der deutschen Privatwirtschaft geht es weit besser, als dies nach den Zahlen der Arbeitslosen den Anschein hätte. Danach muß sich auch unsere folgende Betrachtung richten. Es scheint, daß es keine Kategorie in Deutschland verhältnismäßig so schlecht geht, als den Kopf- und Handarbeitern. Auf deren Rücken vollzieht sich der Umstellungsprozess der Industrie, des Handels und Verkehrs in erster Linie.

Beginnen wir deshalb unsere Betrachtung mit der Lage des Arbeitsmarktes. Die Ziffern der Erwerbslosen haben sich im Zeitraum eines Jahres (Mitte 1925 bis Mitte 1926) verzeichnet:

Unterstützte Volkserwerbslose	% der Gewerkschaftsmitglieder Arbeitslose	% der Gewerkschaftsmitglieder Erwerbslose	
1925 Juli	195 000	3,7	5,8
Oktober	266 000	5,8	12,4
1. Januar	1 498 000	22,6	22,6
1. Februar	2 030 000	22,0	21,6
1. März	2 055 000	21,4	21,7
1. April	1 942 000	18,6	19,4
1. Mai	1 781 000	18,2	17,9
1. Juni	1 744 000		
15. Juni	1 749 000		

Sicher eine einzig dastehende Entwicklung innerhalb eines Jahres und ein trauriges Zeichen der Zeit, daß die saisonmäßig günstige Frühjahrszeit die Arbeitslosenfiguren nicht stärker vermindern vermochte. Doch das Bild bekommt ein wesentlich anderes Gesicht, wenn wir uns anderen Gebieten zuwenden. Die Produktionsziffern in den meisten Industrien zeigen einen so tiefen Grad der Krise lange nicht. Statistisch erfasst sind ja nur die Schlüsselindustrien. Zwar ist auch hier die Krise erkennbar, dennoch ergibt sich keine Parallele mit der Ziffern der Erwerbslosen. Dies zeigen die nachstehenden Zahlen (in 1000 Tonnen):

Monatsdurchschnitt	Eisen- und Stahlindustrie		Kohlebergbau		Textilindustrie		Chemie		Metallindustrie	
	insgesamt	arbeitslos	insgesamt	arbeitslos	insgesamt	arbeitslos	insgesamt	arbeitslos	insgesamt	arbeitslos
1925 Januar	11 061	344,5	848	1018						
1926 Januar	11 190	344,7	689	791						
Februar	10 611	335,4	631	22,5	814	33,9				
März	11 424	317,9	716	23,1	947	35,0				
April	10 086	323,2	668	22,3	867	36,1				
Mai	10 678	347,4	736	23,7	901	37,5				
Ausgangs Juni		356,9								

Trotzdem der Abbau von Arbeitern im Ruhrkohlenbergbau gerade im 1. Halbjahr 1926 vorgenommen wurde, sank die Förderung insgesamt nur um rund 5 Prozent, dagegen erfuhr die arbeitsmäßige Förderung eher noch eine Steigerung. Der englische Streik macht sich deutlich bemerkbar. Die Eisen- und Stahlproduktion erhöhte sich ebenfalls, namentlich soweit die arbeitsmäßige in Betracht gezogen wird.

Die Entwicklung der Tagesleistung pro Arbeiter in den oben genannten Industrien wird durch folgende Tabelle illustriert:

Monatsdurchschnitt	Förderung pro Kopf der Kohlenhauer		Tagesleistung der Güttenarbeiter		Tagesleistung der Hüttenarbeiter	
	1925	1926	1925	1926	1925	1926
Januar	2100	2270	90,2	96,9	102,3	105,6
Februar	2298	2322	96,6	99,9	105,6	110,1
März	2322	2337	97,0	99,7	114,4	
April						
Mai						

Der Güterumschlag und die Bewegung des Warenmarktes ist am besten an den Verkehrsleistungen der Reichsbahn zu ersehen. Hier ist eine feste Zunahme zu verzeichnen, sowohl die geleisteten Tonnenkilometer, als die beförderten Güter, als auch die arbeits-

mäßige Wagenstellung haben seit Jahresanfang eine Zunahme zu verzeichnen. Die arbeitsmäßige Wagenstellung der Reichsbahn betrug:

Monatsdurchschnitt	1925	1926
Januar	119 900	101 800
Februar	108 200	112 400
März	116 200	122 200
April	116 500	122 800
erste Juniwoche		116 500
zweite Juniwoche		122 800

Die Inflationen haben von Monat zu Monat eine starke Abnahme erfahren. Dies geht aus folgenden Ziffern hervor:

1926	Januar	2092	1553	32 199
Februar	1998	1573	20 026	
März	1871	1481	16 153	
April	1302	923	13 463	
Mai	1046	691	8 790	
Juni	919	482		

Die Preisbewegung des letzten Halbjahres zeichnete sich darin aus, daß die Preise für Industrieprodukte fielen, während diejenigen für Agrarprodukte sich nach oben bewegten. Der Lebenshaltungsindex war am Schlusse des Halbjahres um eine Kleinigkeit höher als am Anfang. Nach den Berechnungen des Statistischen Reichsamtes ergab sich hier folgendes:

Monatsdurchschnitt	Lebenshaltungsindex		Industrieprodukte		Agrarprodukte	
	1913	1926	1913	1926	1913	1926
Januar	100,0	120,0	100,0	130,4	100,0	139,8
Februar	118,4	112,4	129,5	138,8	113,1	138,3
März	118,3	113,1	128,0	139,6	121,5	139,9
April	122,7	121,5	124,9	139,9	123,2	140,5
Mai	123,2	122,8	124,0		124,6	
Juni	124,6	125,0	123,7		126,9	
am 30. Juni	126,9	128,5	128,0			

Charakteristisch an diesen Ziffern sind vor allem die Agrarprodukte, die nicht unwesentlich anjagen und damit die Lebenshaltung verteuern. Die sogenannte Preisdifferenz zwischen Agrar- und Industrieprodukten ist geschwunden.

Die Entwicklung der Arbeiterlöhne hingegen zeigt keine Steigerung, sondern eine geringe Verschlechterung. Aus der folgenden Tabelle dürfte dies ersichtlich sein.

Die Stundenlöhne betragen in Prozent von 1913:

1926	Industrien					Gesamter Durchschnitt
	Metall	Holz	Chemie	Wau	Textil	
1. Quartal	138,8	156,6	149,5	161,3	144,9	140,0
April	138,8	155,7	149,5	161,1	144,9	139,8
Mai	138,8	155,5	149,5	161,1	144,9	139,8

Während der Lebenshaltungsindex sich verschlechterte, erhöht sich nicht die Löhne, sie wiesen im Gegenteil ebenfalls eine Verschlechterung auf. Der Lebensstandard der breiten Masse hat sich also im ersten Halbjahr 1926 verschlechtert!

Wie aus dem oben mitgeteilten Tabellenwerk hervorgeht, ist die Entwicklung der deutschen Wirtschaft uneinheitlich. Eine gemeinsame Linie ist nicht zu erkennen. Fest scheint aber zu stehen, daß die arbeitenden Schichten des Volkes am stärksten unter der Krise zu leiden haben. Werfen wir z. B. einen Blick auf die Eisenbahn, dann können wir feststellen, daß die Kurse eine fast ungläubliche Steigerung durchgemacht haben. Nach einer Berechnung der Reichskreditgesellschaft deren neuester Veröffentlichung wir einen Teil des obigen Materials entnehmen, stiegen die Aktienkurse im Durchschnitt um 60 Prozent seit dem November 1925, und zwar von 64,7 auf 102,7, die Kurse am 2. Januar 1926 zu 100 angenommen.

Die Wirtschaftslage bessert sich in den letzten Wochen etwas. Es ist möglich, daß nunmehr ein langsamer Aufstieg stattfindet. Damit ist noch nicht gesagt, daß sich das Los der Arbeiter, Angestellten und Beamten verbessert. Im Gegenteil scheint hier die Rationalisierung derart ungenügend auf den Arbeitsmarkt einzuwirken, daß die industrielle Feuerarmee in beträchtlicher Stärke dauernd wie ein Alp auf der sozialen Lage der arbeitenden Klasse liegt. Wehe der Arbeiterklasse, wenn sie ihre Gewerkschaftsorganisationen nicht intakt hält! Wie waren die Gewerkschaften nötiger als in der kommenden Zeit.

eisenverbände wird hinfort vom Stahltrust maßgebend beeinflusst werden, denn gegen ihn dürfte wohl kein Beschluß zustande kommen. Deshalb ist der Stahltrust verantwortlich für die Maßnahmen der Syndikate.

Der Stahltrust ist nach der Eisenbahn das größte Unternehmen Deutschlands. Er dürfte mit zu den größten der Welt zählen. In die 180 000 Menschen stehen direkt in seinen Diensten. Was er als Produktionsfaktor zu leisten vermag, dürfte aus den vorstehenden Angaben hervorgehen. Es erhebt sich die Frage: Sind die 180 000 Menschen reine Arbeitsflaven des Trusts oder vermögen sie auch in diesem großen Organismus ihre Wünsche zur Geltung zu bringen? Das letztere ist durchaus möglich, wenn die Hand- und Kopiarbeiter der Vereinigten Stahlwerke U.-G. zu der Ueberzeugung kommen, daß sie der übrigen Wirtschaft gegenüber eine Mission zu erfüllen haben. Diese liegt darin, das diktatorische und monopolartige Uebergewicht dieses Unternehmens innerhalb einer wichtigen Industrie zu schwächen.

Wieder eine Diskontherabsetzung der Reichsbank.

Raum vier Wochen sind verflossen und die Reichsbank hat ihren Diskont wiederum um 1/2 Prozent herab. Er beträgt jetzt 6 Prozent, während sich der Lombardzinsfuß auf 7 Prozent stellt. Damit dürfte die Deutsche Reichsbank in diesem Jahre einen Rekord in Diskontherabsetzungen erzielt haben. Es ist bereits das vierte Mal, daß die Zentralbank Deutschlands den Zinsfuß herabsetzt. Am Anfang des Jahres betrug der Zinsfuß 9 Prozent. Mittig im Jahre wurde der Zinsfuß auf 8 Prozent herabgesetzt. Die Reichsbank hofft, daß sich diese neue Diskontherabsetzung automatisch auf die Zinsfüße des ganzen Landes übertragen werde und die Wirtschaft dadurch von der Geldsperre her eine Erleichterung erfährt. Erfreulicherweise machten die Privatbanken nicht davon Gebrauch, neben den Sollzinsen auch die Habenzinsen herabzusetzen. Dadurch verkleinert sich die Verdienstspanne der privaten Banken. Wir gehen wohl aber nicht fehl, wenn wir annehmen, daß die Banken dieses Opfer ganz gut bringen können.

Durch diese neue Herabsetzung des Diskontfußes kommt eine Annäherung an die internationalen Geldzinsfüße zustande. Der Deutsche Reichsbankdiskont dürfte sich beinahe mit den übrigen maßgebenden Bankinstituten bezüglich des Diskontfußes auf einer Linie bewegen. Die Reichsbank hatte die Führung über den deutschen Geldmarkt verloren. Wir glauben kaum, daß sie diese mit der neuesten Maßnahme zurückerobern konnte. Gegen das private Monopolkapital der Banken hätte von der Reichsbank viel rücksichtsvoller durchgegriffen werden müssen. Daß dies nicht geschehen ist, hat sich gerächt. Daß die Wirtschaft eine weitere Belebung durch die Herabsetzung des Diskontfußes erlebt, ist möglich, aber nicht wahrscheinlich, da wir uns ja nicht mehr in einer Kapitalkrise, sondern in einer Abwärtsrie befinden.

Dividendenauszahlungen im 1. Halbjahr 1926.

Die allgemeine Wirtschaftskrise hat es nicht verhindert, daß eine große Anzahl von Industrieunternehmen ansehnliche Dividendenauszahlungen im 1. Halbjahr vornehmen konnten. Die Reichskreditgesellschaft, eine Großbank, die im Besitze des Reiches sich befindet, sagt hierüber in ihrem Wirtschaftsbericht folgendes:

„Die Bilanzen und Berichte der Gesellschaften ließen erkennen, daß für eine große Reihe von Unternehmen das verfloßene Geschäftsjahr gewinnbringender gewesen ist, als bei pessimistischer Betrachtung im vergangenen Jahre angenommen wurde. Die Verbesserung der Liquidität hat den Unternehmen die Auszahlung des Gewinnes an die Aktionäre erleichtert.“

Von den 1024 Gesellschaften, deren Aktien an der Berliner Börse gehandelt wurden, haben 597 ihre Bilanzen veröffentlicht und ihren Dividendenbeschuß bekannt gegeben. Die 597 Gesellschaften verteilten eine Dividendensumme von 377,2 Millionen Mark. Das sind 5,6 Prozent des Aktienkapitals. Hierbei muß man bedenken, daß viele Gesellschaften keine Dividende verteilten, sie sind aber in der obigen Statistik enthalten. Von den 597 Gesellschaften bestanden 1914 bereits 567. Diese verteilten im ersten Halbjahr 1914 die Summe von 646,03 Mill. als Dividende oder 9,7 Prozent des Aktienkapitals.

Das Geschäftsergebnis der oben angeführten Gesellschaften für das 1. Halbjahr 1926 kann sich selbst für die Aktionäre sehen lassen. Eine Durchschnittsdividende von 5,6 Prozent ist glänzend zu nennen. Und wie führen die Arbeiter und Angestellten dabei?

Vom Enqueteauschuß.

Der dritte Unterausschuß der Enquetekommission, der das Gewerbe, die Industrie, den Handel, das Handwerk usw. untersucht, hielt am 7. Juli eine Sitzung ab und kam zur Aufstellung folgender Arbeitsgruppen: 1. Kohlenwirtschaft, 2. Elektrizitätswirtschaft, 3. Eisenindustrie, 4. Holzwirtschaft, 5. Bauwirtschaft, 6. Kautschukindustrie, 7. Textilindustrie, 8. Handwerk, 9. Handel, und zwar zunächst Einzelhandel. Zu den einzelnen Arbeitsgruppen wurden Vorschläge zur Benennung von ständigen Sachverständigen gemacht. Jede dieser Arbeitsgruppen wird ein großes Arbeitspensum vorfinden und es wird eine geraume Zeit dauern, bis praktische Untersuchungsergebnisse erzielt sein werden.

Der Hunger nach Mehrwert.

Der Stahltrust an der Ruhr hat bekanntlich in Deutschland einen Teil seiner großen Anleihe in Höhe von 90 Mill. Mk. aufgelegt. Es war von vornherein klar, daß diese Summe im Handumdrehen überzeichnet wurde. Und in der Tat, bevor die Anleihezeichnung eröffnet wurde, waren bereits so viel Voranmeldungen eingegangen, daß diese schon einen viel größeren Betrag als die geforderten Summen ausmachten. So konnte denn die Zeichnung nach der Eröffnung geschlossen werden. Es wiederholt sich das Schauspiel wie bei Anleihe der Reichsbahn in Höhe von 100 Mill., wo es ebenfalls zu einer Zeichnung gar nicht kam. Hundert Millionen spielen nun eben bei uns keine Rolle mehr. Sie werden spielen aufgebracht, zumal wenn die Anleihezeichner wie beim Stahltrust später die Möglichkeit haben, die Anleihefücke in Aktien zu verwandeln. Es mag anzusehen sein, als Aktionär der größten privaten Gesellschaft Europas, die der Stahltrust darstellt, zu gelten. Daneben spielt der Hunger nach Mehrwert der Arbeitskraft eine große Rolle. Man will an dem Arbeitsergebnis der Vereinigten Stahlwerke U.-G. profitieren. Und dieser Profit wird, so hofft man, kein geringer sein.

Nachrichten aus der Montanindustrie.

Der Stahltrust als Produktionsfaktor.

In der Montanindustrie herrscht gegenwärtig Hochkonjunktur, soweit der Kohlenbergbau in Frage kommt. Der englische Bergarbeiterstreik verwandelt sich für den deutschen Kohlenbergbau zum Segen. Entsprechend steigen die Kurse dieser Papiere an der Börse. Und da überrascht es einigermaßen, daß das Reichswirtschaftsamt der Ruhrindustrie weitere Millionen aus den Mitteln der Allgemeinheit zu ziehen will. Die Reparationskosten sind angeblich zu niedrig veranschlagt worden. Aus diesem Grunde verlangt man eine Nachzahlung, die viele Millionen betragen soll. Nach den Untersuchungen über das vor zwei Jahren von der Regierung Luther-Stresemann gewährte 700-Millionengeschäft sollen dazumal die Verluste überbezahlt sein. Man nannte die Summe von 28 Mill. Mk. Die erstaunte Öffentlichkeit hört nichts von Zurückzahlungen seitens der Montanindustrie. Dafür wird der Regierung eine neue Rechnung präsentiert über angebliche Minderzahlungen der Reparationskohle.

Angesichts dessen ist es fast als ein Glück zu bezeichnen, daß Frankreich und Belgien auf Reparationskohle in Zukunft verzichten wollen, weil sie dieselbe Kohle am freien Weltmarkt wesentlich billiger kaufen können. Die Berechnung der deutschen Reparationskohle erfolgt laut Friedensvertrag zu dem deutschen Inlandspreis. Dieser lag aber in der Vergangenheit meist viel höher als der Weltmarktpreis, was mit dem Preiskampf zwischen der deutschen und englischen Kohle zusammenhängt. Die Schwerindustrie jammert am meisten über die hohen Steuern. Sie weiß sich aber des Finanzministers genau zu erinnern, wenn es etwas zu holen gibt.

Verbandsnachrichten.

Kameraden! Mit dieser Nummer ist der Beitrag für die 29. Woche (vom 11. bis 18. Juli) fällig. Wir bitten die Kameraden, um pünktliche Zahlung der Beiträge beizugehen zu sein.

Betrifft ReichsKnappschaffsgesetz.

In letzter Zeit werden aus Kameradentreffen viele Anfragen an uns gerichtet, ob nicht in unserem Verlage das ReichsKnappschaffsgesetz in seiner jetzigen Fassung in Broschürenform gedruckt wird. Wir teilen den interessierten Kameraden hierdurch mit, daß sobald das ReichsKnappschaffsgesetz in seiner neuen eadgältigen Fassung veröffentlicht wird, wir das Gesetz in Broschürenform drucken lassen werden. Desgleichen wird unsere Knappschaffs-Abteilung eine Erläuterung zum Gesetz herausgeben.

Schluß des redaktionellen Teils.

Die Firma Georg Fring, G. m. b. H., Nürnberg 303, mechanische Webereien - Ausrüstung - Jäbiration - Vertrieb, benachteiligt gegen Radnähmaschine zu den denkbar billigsten Preisen Baumwollwaren und Kleiderstoffe aus reinen, edlen und edlen Wolle- und Baumwollgarnen. Ständig einlaufende, zahlreiche Dank-schreiben geben einen Beweis der vollen Zufriedenheit des Konsumenten und vergrößert sich täglich der Privatkundenkreis dieser Firma. Wir verweisen auf heutiges Inserat in unserer Nummer.

Wollwertige Nahrungsmittel um billiges Geld - das ist in der heutigen Zeit ein berechtigter Wunsch. Dieser wird hinsichtlich der täglichen Suppe reiflos erfüllt durch Maggi's Suppenwurst. In der gleichen Weise, wie die Hausfrau in der Küche ihre Suppe kocht, werden Maggi's Suppen im großen und den besten Köcheln mit peinlicher Sorgfalt hergestellt. Darum schmecken sie auch so gut und darum hat jede der vielen Sorten ihren natürlichen Eigengeschmack. 1 Würfel, ausreichend für 2 Teller köstlicher Suppe, kostet nur 13 Pf.

Volkswirtschaftliche Rundschau.

Die Schwerindustrie verlangt neue Millionen.

Wenn eine Gesellschaft eine Anleihe oder eine Neuzemission von Aktien zur Zeichnung auflegt, ist sie gehalten, eine Bilanz und die Produktionsgrundlagen anzugeben. Die Vereinigten Stahlwerke U.-G. legt zurzeit eine Gesamtanleihe von 60 Mill. Dollar auf. Davon wurden 30 Mill. Dollar in Amerika aufgelegt. Ein wie großes Vertrauen das amerikanische Kapitalistenpublikum dem Stahltrust an der Ruhr entgegenbringt, ist daraus zu ersehen, daß die Anleihe bereits nach wenigen Minuten überzeichnet wurde. Die übrige Hälfte der Anleihe soll in Europa untergebracht werden. Insgesamt 36 Mill. Mk. werden in Schweden, Holland und der Schweiz aufgelegt und 90 Mill. Mk. sollen in Deutschland angeboten werden. Wie die übrigen Anleihefücke, sind auch die deutschen mit der Berechtigung ausgestattet, bis zum Jahre 1929 ein Aktienbezugsrecht 3 zu 1 zu einem Kurs von 125 Prozent auszuüben. Man hat also die Anleihe in die Form von „Convertible Bonds“ gekleidet. Der deutsche Prospekt enthält keine Angaben über die finanziellen Verhältnisse des Trusts. Interessant sind aber diejenigen über die Produktionsgrundlagen. Wir entnehmen der Veröffentlichung folgendes: Ausdehnung der aufgeschlossenen Felder: 359 900 000 Quadratmeter mit einer geschätzten Kohlenreserve von 5332,15 Mill. To. Die Förderung betrug 1925: 24,13 Mill. To. Vorhanden sind 71 Kohlebatterien mit einer Aufbringungsmöglichkeit von über 9 Mill. To. In den Eisen- und Stahlwerken sind vorhanden: 63 Hochofen mit einer Gesamtleistungsfähigkeit von 9,20 Mill. To., 2 Thomas- und Bessemeröfen, 116 Siemens-Martinöfen, 7 Walzwerke 7 Mill. To., 125 Gas- und Dampfmaschinen und 107 Turbinen; diese haben eine Erzeugungsfähigkeit von 493 900 Kilowatt die Stunde, 411 Lokomotiven und 10 300 Waggons, 8 eigene Dänen mit einer Gesamtfläche von 1,55 Mill. Quadratmeter, davon eine Wasserfläche von 0,27 Mill. Quadratmeter. Umschlag des Jahres 1925: 11,07 Mill. To. 1 Schiffswerft mit einer Produktionskraft von 30 000 Registrator, 3 Eisenbahnwagenbauanstalten von 7800 Waggons, 160 000 Arbeiter, 16 000 Angestellte und Beamte, 51 709 Wohnungen.

Die Syndikatsbeteiligungen der Vereinigten Stahlwerke sind folgende: Kohlenyndikat, Kohlschlaggemeinschaft, Kohleisenverband als den drei Hauptverbänden 22 bzw. 38 bzw. 34 Prozent. Bei den Spezialverbänden bestehen nachstehende Beteiligungen in Prozent: A-Produktenverband 40,3, Halbzeug 53, Oberbaumaterial 44,8, Formeisen 22,4, Stabeisen 32,5, Röhrenverband 50,2, Bandblechenvereinigung 49,1, Grobblechenverband 35,3 und Walzdrahtverband 19,3. Nicht geringe Beteiligungen an den Eisen- und Stahlverbänden mußten dem Stahltrust auf Grund seiner Werke angewiesen werden. Die Preis- und Lieferungspolitik der Schwer-

